



Auszugsweise Abschrift aus der I. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Westerborstel vom 28.11.2003

I. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung

der Gemeinde Westerborstel
Kreis Dithmarschen

Artikel 1

§ 5

Gleichstellungsbeauftragte des Amtes

...

Artikel 2

§ 10

Veröffentlichungen

- (1) Satzungen der Gemeinde werden durch Abdruck im amtlichen Teil des Informationsblattes des Amtes Kirchspielslandgemeinden Eider bekannt gemacht. Die Bekanntmachung ist mit dem Erscheinungsdatum der Ausgabe bewirkt.
- (2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- (3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

Artikel 3

Diese I. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Westerborstel tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Die Genehmigung nach § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wurde durch Verfügung des Landrates des Kreises Dithmarschen vom 16. Oktober 2008 erteilt.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Westerborstel, den 21. Oktober 2008
gez. Dieter Grimm
Bürgermeister

Die vorstehende auszugsweise Abschrift aus der I. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Westerborstel vom 28.11.2003 wird hiermit beglaubigt.

Hennstedt, den 15.04.2010
Amt Kirchspielslandgemeinden Eider

Der Amtsvorsteher

Im Auftrag




Jens Kracht

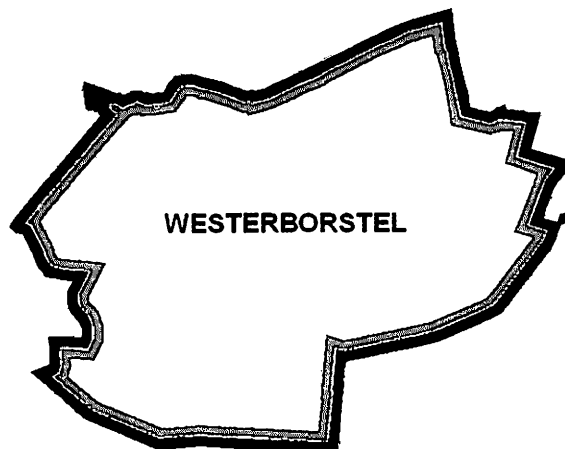
BEGRÜNDUNG

zum

Flächennutzungsplan

der Gemeinde

Westerborstel



Auftraggeber: Gemeinde Westerborstel

Verfasserin: Dipl.- Ing. Maja Flatau

Inhaltsverzeichnis

Seite

BESTANDSSARSTELLUNG

1.	Lage der Gemeinde im Raum	6
2.	Raumordnungsplanerische Vorgaben	7
3.	Historische Entwicklung	8
4.	Vorgeschichtliche und geschichtliche Denkmale	10
5.	Bevölkerungsentwicklung	11
	<ul style="list-style-type: none">• Einwohnerzahlen innerhalb der Gemeinde Westerborstel• Altersstruktur der Wohnbevölkerung• Erwerbstruktur der Wohnbevölkerung• Erwerbstätige am Wohnstandort• Pendler	
6.	Wohngebäude, Wohnungen, Haushalte	14
7.	Landwirtschaft	15
8.	Waldflächen	16
9.	Industrie und Gewerbe	16
10.	Eigentümer von Grund und Boden	17
11.	Behörden und öffentliche Dienste	17
12.	Schulen, Kindergärten	17
13.	Krankenhäuser, Ärzte, Apotheken	18

14.	Verkehr	18
-----	---------	----

- Kraftfahrzeugverkehr
- Eisenbahnverkehr
- Öffentlicher Nahverkehr

15.	Geologie und Relief	19
-----	---------------------	----

16.	Natur- und Landschaftsschutz	20
-----	------------------------------	----

17.	Ver- und Entsorgung	25
-----	---------------------	----

17.1	Versorgung mit Wasser	25
17.2	Versorgung mit Elektrizität	25
17.3	Gasversorgung	25
17.4	Fernmeldeeinrichtungen	25
17.5	Abfallbeseitigung, Altablagerungen, Altbergbau	26
17.6	Abwasserbeseitigung	26
	• Schmutzwasser	
	• Niederschlagswasser	

18.	Steuerhebesätze	28
-----	-----------------	----

PLANUNGSZIELE DER GEMEINDE

19.	Allgemeines	29
-----	-------------	----

20.	Wohnbauflächen	30
-----	----------------	----

21.	Gemischte Bauflächen	31
-----	----------------------	----

22.	Gewerbliche Bauflächen	31
-----	------------------------	----

23.	Sondergebiete	32
24.	Flächen für den Gemeinbedarf	33
25.	Grünflächen	33
26.	Umweltbericht	34
26.1	Veranlassung / Methodik	
26.2	Beschreibung des Planvorhabens / Identifizierung von Planungen mit erheblichen Umweltauswirkungen	
26.3	Auswirkungen auf die Umwelt durch Umsetzung der Planung	
26.4	Allgemeinverständliche Zusammenfassung	
27.	Windenergieeignungsgebiete	51
28.	Flächenbilanz	51
29.	Literatur- und Quellenangabe	52

BESTANDSDARSTELLUNG

1. Lage der Gemeinde im Raum

Die Gemeinde Westerborstel liegt in der Schleswig-Holsteinischen Geest im Kreis Dithmarschen, ca. 10 Km östlich von Heide. Sie umfasst eine Fläche von insgesamt ca. 414 ha. Das Gemeindegebiet liegt im nördlichen Randbereich der Heider Geest, die sich hier beim Übergang zur Eideniederung allmählich in Geestinseln auflöst. Im Süden des Gemeindegebietes grenzen die Endmoränen-Höhenzüge der „Dithmarscher Schweiz“ an und im Norden reichen Niederungsbereiche, die zum Einzugsgebiet der Tielenu und Broklandsau gehören, an.

Westerborstel ist angehörige Gemeinde des Amtes Kirchspielslandgemeinde Eider (durch die Fusion der Ämter Hennstedt, Lunden und Tellingstedt am 01. Januar 2008 entstanden). Die Gemeinde umfasst zentral die Ortslage Westerborstel und liegt großräumig betrachtet zwischen der zentralörtlichen Gemeinde Tellingstedt im Osten und der Stadt Heide als Mittelzentrum im Westen.

Westerborstel liegt direkt westlich am Ortsausgang von Tellingstedt; die beiden Gemeinden verfügen über einen gemeinsamen Siedlungskörper. Östlich von Westerborstel liegt der Ortsteil Rederstall, der ebenfalls zur Gemeinde Tellingstedt gehört.

Das Gemeindegebiet grenzt an insgesamt drei Nachbargemeinden; im Norden befindet sich die Gemeinde Schalkholz, im Osten die Gemeinde Tellingstedt, im Süden die Gemeinden Welmbüttel und im Westen der Ortsteil Rederstall der Gemeinde Tellingstedt.

Das Gemeindegebiet wird im nördlichen Teil des Planungsgebietes in Ost-Westrichtung durch den Verlauf der Kreisstraße K 42 durchschnitten, welche wiederum die Verbindung zwischen den Bundesstraßen B 202 (Heide - Erfde - Friedrichsstadt) und B 203 (Heide - Rendsburg) darstellt.

Naturräumlich liegt die Gemeinde am Rande der Geest.

Die Höhenlagen des Terrains liegen zwischen 2 und 25 m ü. NN.

2. Raumordnungsplanerische Vorgaben

Die maßgeblichen raumplanerischen Grundlagen für die Bauleitplanung in der Gemeinde Westerborstel sind der Landesraumordnungsplan Schleswig-Holstein von 1998 in der Fassung seiner Teilfortschreibung 2004 vom 17. Januar 2005, der derzeit im Aufstellungsverfahren befindliche Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2009 (LEP) sowie der Regionalplan für den Planungsraum IV – Kreise Dithmarschen und Steinburg – in der geltenden Fassung – **Fortschreibung 2005** –. Letzterer verweist konkret- neben weiteren nachfolgenden Aussagen- auf ein teilweise baulich zusammenhängendes Siedlungsgebiet mit Tellingstedt.

Die Gemeinde Westerborstel stellt keinen Schwerpunkt der Siedlungsentwicklung dar; hieraus resultiert in der Folge sowohl hinsichtlich der Neuausweisung von Wohn- wie auch von Gewerbeflächen das landesplanerische Prinzip der örtlichen Bedarfsdeckung.

In das westliche Gemeindegebiet ragt ein Gebiet mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft hinein. Diese Fläche, die an das „Welmbüttler Moor“ grenzt, erfüllt die Voraussetzung einer Unterschutzstellung nach § 17 LNatSchG und ist daher als Vorranggebiet gekennzeichnet. Der Schutzzweck dient der Erhaltung und Entwicklung eines großen geschlossenen Moorkomplexes in Verbindung mit dem westlichen Teil des ausgewiesenen Naturschutzgebietes „Dellstedter Birkwildmoor“. Desweiteren zeichnet sich dieses Areal hervorragend zum Aufbau eines Biotopverbundsystems aus.

Das Gemeindegebiet wird aufgrund seiner Lage in der Eider-Treene-Sorge-Niederung im Übergangsbereich zur Hohen Geest insgesamt als Gebiet mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung dargestellt. Hier besteht die Chance einer weiteren Entwicklung als Nah- und Kurzzeiterholungsraum für die gesamte Region. Der Regionalplan verweist daher auf eine erforderliche enge interkommunale Abstimmung mit den anderen Partnern im Projektgebiet mit dem Ziel der Vernetzung des Tourismusangebots.

Umfangreiche Flächen innerhalb des Gemeindegebietes sind im Regionalplan als Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen. Die Rohstoffvorkommen liegen im Bereich der Geeststandorte, es handelt sich um Kies und Sand. Darüber hinaus ist bis in die 70er Jahre an verschiedenen Stellen im Gemeindegebiet Sand bzw. Kies entnommen worden. Diese Flächen sind jedoch weitestgehend rekultiviert. Derzeit bestehen für den Abbau weiterer Vorkommen **keinerlei** Nachfragen. Sollte zu einem späteren Zeitpunkt wieder Nachfrage entstehen, so können geeignete Flächen kurzfristig zur Verfügung gestellt werden. Die parzellenscharfe planerische Vorhaltung geeigneter Potentiale ist jedoch derzeit nicht erforderlich.

Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe werden im Flächennutzungsplan von konkurrierenden irreversiblen Nutzungen freigehalten. Es erfolgt lediglich in einem räumlich sehr begrenzten Bereich eine temporäre Nutzung (Photovoltaik); diese Fläche ist – bei Bedarf – nach Ablauf der voraussichtlichen Nutzungsdauer von 20 – 25 Jahren wieder dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe zuzuführen.

3. Historische Entwicklung

Altsteinzeit – Dithmarschen liegt im Bereich des norddeutschen Senkungsgebietes und war damit mindestens seit Beginn des Erdmittelalters die meiste Zeit Flachmeergebiet. Als eindrucksvolle Zeugnisse der Meereszeiten im Untergrund blieben die umfangreichen Salzablagerungen der Zechsteinzeit (vor 250 Mill. Jahre) übrig, als die zeitlich aufeinanderfolgenden Flachmeere mehrfach austrockneten. Die Salzschieben wurden später durch Erddruck zu dammartigen, aufsteigenden "Salzstöcken" umgeformt. Solche Salzstöcke mit Mächtigkeiten bis weit über 1000 Metern erstrecken sich unter Büsum - Trischendam, Hennstedt - Heide - Hemmingstedt - Marne sowie Tellingstedt - Süderhastedt. Sie sind verantwortlich für viele der Schicht-"Fallen", in denen sich aufsteigendes Erdöl sammeln konnte. Bekannt sind auch die Kreideablagerungen, die z.B. bei Hemmingstedt - dort durchtränkt mit geologisch älterem Erdöl - in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts bergmännisch abgebaut wurden und die auch sonst oft in geringer Tiefe unter der Geest zu finden sind, zu tief allerdings für einen lohnenden Tagebau. Diese oberkreidezeitlichen Schichten entstanden vor 100 - 70 Millionen Jahren aus Ablagerungen eines warmen, nicht ganz flachen Meeres durch Kalkausflockungen. (Dr. Volker Arnold)

Mittelsteinzeit – Die Nacheiszeit brachte wieder erhebliche landschaftliche Veränderungen mit sich- einmal durch die Wiederbewaldung, wobei sich die Waldzusammensetzung je nach Klima und Einwanderungsgeschichte der Gehölze ständig änderte, zum anderen durch den zunächst rasanten Meeresspiegelanstieg, der Dithmarschen vom Binnenland zum Küstenland machte. Bis ca. 4300 v.Chr. spricht man, kulturgeschichtlich gesehen, von der Mittelsteinzeit oder dem Mesolithikum. Im Laufe dieser Zeit wurde das gesamte Nordseebecken überflutet. Am Ende der Mittelsteinzeit reichte das Meer bis an die Geestklevs und weit in die Eider-, Broklandsau-, Miele- und Süderauniederung hinein. Obwohl zu Ende der Mittelsteinzeit der Meeresspiegel noch etwa drei Meter unter dem heutigen lag, war Dithmarschen am kleinsten, da dort, wo später Moor- und Marschflächen entstanden, noch weitgehend Wasser stand. (Dr. Volker Arnold)

Eisenzeit – Die große Niederung der Norderdithmarscher Geest zwischen Heide, Linden, Schaikhholz und Westerborstel schließt einige Geestinseln um Rederstall mit ein, die von Mooren umschlossen waren. Beim Abgrabe des Torfs stieß man mehrfach auf gezimmerte Bohlenwege, die diese Geestinseln mit dem Festland verbanden. (Dr. Volker Arnold)

Aufgrund der schon erwähnten räumlichen Nähe der beiden Gemeinden Westerborstel und Tellingstedt kommt es hinsichtlich der historischen Entwicklung zu engen Verflechtungen, so dass im weiteren Verlauf dieser Betrachtungen Tellingstedt als Bezugsgröße herangezogen wird.

Kirchen schufen Mittelpunktsdörfer- Für den Hauptteil der nördlichen Geest bildete Tellingstedt den zentralen Punkt. In den Orten Weddingstedt, Tellingstedt und Süderhastedt sind die ersten Kirchspiele- nach Meldorf- eingerichtet worden. Sie gehören zu den „Urkirchspielen“, die in einer Urkunde von etwa 1140 zuerst auftauchten und im Jahrhundert davor errichtet sein müssen. (Prof. Dr. Nis R. Nissen)

Land- und Wasserwege mit ihren Knotenpunkten- Vor allem Kirchen bildeten Knotenpunkte im Wegesystem; ob größere oder kleinere. Die meisten Kirchdörfer lagen nicht mitten in ihren Kirchspieldistrikten, sondern seitlich, an schiffbare Gewässer versetzt- und aus gleichen Gründen, der Bevorzugung großer und vor allem auch kleiner Wasserfahrten als Zubringer. Tellingstedt lag damals an einer befahrbaren Au. Die Kirchspielsorte wurden Treffpunkte der Bewohner ihrer Distrikte, unabhängig davon, zu welchem Sippen- oder Geschlechterverband sie gehören. (Prof. Dr. Nis R. Nissen)

Partner jenseits der See- Ein charakteristisches Beispiel für die Wirksamkeit der Kirchspielgemeinden ist der Vertrag von 1281, durch den neben den Urkirchspielen von acht weiteren- darunter Tellingstedt- gesprochen wird. Sie gewähren den

Hamburgern volle Sicherheit für sie selber und ihre Güter, wenn sie zum Handel nach Dithmarschen kommen. Die Kirchenspiele also übernehmen den Schutz der fremden Kaufleute und knüpfen daran die Bedingung, dass ihre eigenen Leute in Hamburg in gleicher Weise zu schützen wären. Die Kirchenspiele werden somit zu Garanten für den Frieden mit Gästen im eigenen Land und ihrer eigenen Leute am Land des Vertragspartners weil die Unsicherheit auf dem Wasser und das Aneignen gestrandeter Schiffe oder Güter ein Dauerthema blieben.

Mehrere Verträge zeigen das. Am 08. September 1367 vereinbarten die Kirchenspiele der nördlichen Geest, Hennstedt, Delve und Tellingstedt mit den Hamburgern einen Vertrag, in dem den Kaufleuten freier Verkehr zugesichert wird, und natürlich Sicherheit für sie und ihre Ware.

Bis zum Jahr 1434 kam es zu innerdithmarschischen Auseinandersetzungen bezüglich des Hauptversammlungsortes zwischen Heide und Meldorf. Diese begründete sich u.a. durch die zunehmende Ausweitung der Rechtsansprüche Hamburgs an der Niederelbe. Nach dem Sieg der Dithmarscher bei Hemmingstedt 1500 vereinigten sich die vier Dithmarscher Kirchenspiele Tellingstedt, Delve, Hennstedt und Albersdorf und stürmten nach 4- tägiger Belagerung die Tielenburg und machten sie dem Erdboden gleich. (Jörg Mißfeldt)

Um 1900 – Die Mechanisierung der Landwirtschaft, die Einführung von Industrieprodukten, der Aufbau von Betrieben der Kleinindustrie und der Wandel des Verkehrswesen brachten im Zusammenspiel mit anderen Entwicklungen, wie zum Beispiel dem Um- und Ausbau des öffentlichen Dienstes und Versorgungswesens, das gesellschaftliche Gefüge Dithmarschens in Bewegung. Traditionelle Berufe in der Landwirtschaft und im Handwerk gingen verloren und aufgrund dieses zurückgehenden Arbeitsangebots im Agrarbereich verließ ein Teil der Dithmarscher Bevölkerung das Land und zog in die Zentraldörfer. Dies sorgte dafür, dass neben den „neuen Städten“ auch weitere Orte in Hinsicht auf die Berufsstruktur und das „gründerzeitliche“ Erscheinungsbild einen kleinstädtischen Charakter erhielten. Tellingstedt gehört darunter. (Dr. Nils Hansen)

- Technisierung macht weitere große Fortschritte → Tellingstedt leistet sich eine Gasanstalt (Dr. Nils Hansen)
- Novemberrevolution 1918/19: von Tellingstedt geht eine Bewegung zur Bildung von Bauernräten aus, die sich um die bessere Versorgung mit Lebensmitteln kümmern wollten (Dr. Ulrich Pfeil)
- 1933: Entstehung eines Arbeitsdienstlagers in Tellingstedt (Martin Gietzelt/ Dr. Ulrich Pfeil)
- ab 1972: Bestimmung „Zentraler Orte“, die als Ober-, Mittel-, Unterzentrum oder „ländlicher Zentralort“ zusätzliche Mittel erhielten → Tellingstedt fand sich mit der Einstufung „ländlicher Zentralort“ zutreffend bewertet (Karl-Heinrich-Buhse)

4. Vorgeschichtliche und geschichtliche Denkmale

Kulturdenkmale

Archäologische Denkmale

Archäologische Denkmale sind innerhalb des Gebietes der Gemeinde Westerborstel nicht gemeldet.

Allerdings wurden durch nachrichtliche Übernahme drei Interessengebiete des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein in die Planung eingestellt. Hier ist ernsthaft mit archäologischer Substanz zu rechnen, die durch Eingriffe von Planern durch Bauvorhaben und Maßnahmen in den Boden möglicherweise ans Tageslicht kommen könnten. Bei Bekanntwerden von archäologischem Kulturgut ist das Archäologische Landesamt in jedem Fall zu beteiligen, um im Einzelfall zu prüfen, ob archäologische Belange durch die jeweiligen Maßnahmen betroffen sind. Ein Vorkommen archäologischer Fundplätze außerhalb der markierten Flächen kann nicht ausgeschlossen werden.

Die drei Interessengebiete

Im Westen der Gemeinde sind im Höhenrelief die Höhenausläufer des Geestrandes erkennbar. In den Nachbargemeinden Tellingstedt im Westen und Schalkholz im Nordwesten sind zahlreiche Grabhügelgruppen in der Archäologischen Landesaufnahme bekannt. Vornehmlich wurden Grabhügel auf prominenten Geländestellen errichtet, damit sie von weitem sichtbar waren. Es könnte sein, dass sich auf den Höhenausläufern in der Gemeinde Westerborstel Siedlungsstrukturen befinden können. Für Siedlungen sind gerade solche Geländestellen besonders attraktiv gewesen.

Bei weiterführenden Planungen in diesen Bereichen ist das Archäologische Landesamt möglichst frühzeitig einzuschalten, damit die Prospektionen und mögliche Ausgrabungen frühzeitig erfolgen können und nicht die Bebauung behindern. Es sind kostenpflichtige Maßnahmen und die für die Prospektion und ggf. Bergung und Dokumentation von archäologischen Denkmälern notwendigen Kosten sind gemäß Art. 6 des Europäischen Übereinkommens zum Schutz des archäologischen Erbes (BGBl. 11 2002, S. 2709) vom Verursacher zu übernehmen. Bei allen nachrichtlich in die Planung eingestellten Flächen ist das Archäologische Landesamt zu beteiligen, wenn Baumaßnahmen oder Eingriffe in den Boden vorgesehen sind.

Baudenkmale

Innerhalb des Gebietes der Gemeinde Westerborstel befinden sich keine eingetragenen Kulturdenkmale gemäß § 5 und § 6 des Denkmalschutzgesetzes.

5. Bevölkerungsentwicklung

Es gilt zu beachten, dass für einige Betrachtungen seit der Volkszählung aus dem Jahr 1987 bedauerlicher Weise kein aktuelleres Zahlenmaterial zur Verfügung steht.

Einwohnerzahlen in der Gemeinde Westerborstel

Jahr	Einwohner	
	Westerborstel	Kreis Dithmarschen
1939	85	98.337
1950	174	175.761
1961	92	128.979
1970	85	133.959
1975	93	-
1980	111	-
1982	116	-
1987	89	127.553
1990	85	129.463
1991	87	130.043
1994	86	132.963
1995	86	133.428
1996	86	134.927
1997	83	135.773
1998	84	136.547
1999	79	136.920
2000	81	137.174
2001	83	137.447
2002	95	137.447
2003	95	137.428
2005	96	137.261
2006	105	136.829
2007	104	136.451
2008	108	135.759

Der kurzfristige Anstieg der Bevölkerungszahl um das Jahr 1950 ist ausschließlich auf die Nachkriegssituation zurückzuführen; diese lässt sich für das gesamte Kreisgebiet feststellen. Typisch ist in diesem Zusammenhang der starke Bevölkerungsrückgang zwischen den Jahren 1950 und 1961, der sich in ähnlicher Form auch für das gesamte Kreisgebiet feststellen lässt.

Die Bevölkerungsdichte liegt mit ca. 25 Einwohnern/ Km² sehr deutlich unter dem des Durchschnittswertes für das Kreisgebiet mit ca. 96 Einwohnern / km² und spiegelt die ländlich geprägte Struktur des Gemeindegebietes wider.

Wohnbevölkerung nach dem Alter (1987)

Westerborstel			Kreis Dithmarschen	Schleswig-Holstein
Alter	abs.	v.H.	v.H.	v.H.
0 – 6	10	11,2	5,9	5,6
6 – 18	13	14,6	14,2	12,9
18 – 45	24	27,0	37,1	39,6
45 – 60	24	27,0	20,2	20,8
60 u. älter	18	20,2	22,6	21,2

Die gemeindliche Altersstruktur entspricht bei den Kindern und Jugendlichen, sowie den Generationen über sechzig weitgehend den Strukturen des Kreises wie auch des Landes. Ein leichtes Plus der Altersstruktur ab 45 Jahren, sowie ein leichtes Minus bei den Generationen bis 45 Jahren sind festzustellen, ohne dass hier von Auffälligkeiten gesprochen werden kann. Ausgeprägt dagegen ist der fast doppelt so hoch liegende Wert der jüngsten Jahrgänge (0- 6 Jahre), der sich jedoch aus der im Verhältnis allgemein sehr niedrigen Bevölkerungszahl der Gemeinde erklärt.

Wohnbevölkerung nach Wirtschaftsbereichen (1987)

Zum Zeitpunkt der Datenerhebung gab es in Westerborstel insgesamt 33 Erwerbstätige; dies entspricht einem Anteil von 37,0 % der Wohnbevölkerung und liegt damit geringfügig unterhalb des Durchschnittes innerhalb des Kreises Dithmarschen mit 40,2 %. Die geringfügige Unterschreitung des Kreisdurchschnittes dürfte in dem ebenfalls geringfügig niedrigeren Durchschnittsalter der Gemeindebevölkerung begründet sein.

Von den Erwerbstätigen gehörten zum Wirtschaftsbereich:

	Westerborstel v.H.	Kreis Dithmarschen v.H.	Schleswig-Holstein v.H.
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	24,2	9,6	4,9
Produzierendes Gewerbe	27,3	30,9	30,3
Handel, Verkehr u. Nachrichtenüberm.	15,2	19,7	20,9
Übrige Wirtschaftsbereiche	33,3	39,8	43,9

Der Primärsektor ist mit ca. 25 % im Kreisvergleich ausgesprochen stark vertreten und liegt weit über dem Landesdurchschnitt. Dies erklärt sich vor allem aus der Tatsache, dass die Gemeinde Westerborstel ein landwirtschaftlich geprägtes Reiterdorf, weitab von Landes- und Bundesstraßen darstellt.

Der sekundäre und tertiäre Sektor entsprechen im Vergleich wieder weitestgehend den Kreis- und Landesdaten. Die derzeitige raumordnungsplanerische Zuordnung als Gebiet mit besonderer Bedeutung für Erholung und Tourismus, sowie als Gebiet mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft spiegelt sich in den vorliegenden Strukturdaten eindeutig wieder.

Berufspendler

Aus der Gemeinde Westerborstel sind auf der Grundlage der Volkszählung von **1987** insgesamt 18 Erwerbstätige als Auspendler in andere Gemeinden anzusprechen; als Verkehrsmittel dienen:

- ein PKW bei 15 Pendlern
- der Bus bei 1 Pendler
- ein Fahrrad bei 2 Pendler

6. Wohngebäude, Wohnungen, Haushalte

Gebäude- und Wohnungsbestand (Stand 31-12-2008)

Wohn- gebäude	1-Familien- häuser	2-Familien- häuser	Wohnungen in 2-Fam.-H.	Mehrfamilien- häuser	Wohnungen in Mehrfam.-H.	Wohnungen in Wohnge- bäuden	Wohnungen in Nichtwohn- gebäuden	Wohnungen insgesamt
39	34	4	4	1	2	34	11	45

Insgesamt sind in Westerborstel 45 Wohnungen vorhanden.

Wohngebäude nach dem Baualter

Errichtet bis 1900	5 Wohngebäude
von 1901 – 1918	5 Wohngebäude
von 1919 – 1948	4 Wohngebäude
von 1949 – 1957	0 Wohngebäude
von 1958 – 1968	2 Wohngebäude
von 1969 – 1978	10 Wohngebäude
von 1979 – 1987	1 Wohngebäude
von 1988 – 2008	18 Wohngebäude

Haushalte

Im Jahre **1987** bestanden in Westerborstel 28 Haushalte mit 92 Bewohnern. Hiervon lebten 4 Personen in Einpersonenhaushalten und 88 Personen in den verbleibenden 24 Mehrpersonenhaushalten.

Die Mehrpersonenhaushalte gliedern sich auf in:

- 4 Zweipersonenhaushalte
- 5 Dreipersonenhaushalte
- 15 Haushalte mit 4 und mehr Bewohnern.

Die durchschnittliche Haushaltsgröße in Westerborstel betrug **1987** somit ca. 3,3 Personen je Haushalt. Der Kreisdurchschnitt betrug ca. 2,5 Personen je Haushalt.

Im Jahre **1987** betrug die durchschnittliche Wohnfläche pro Person in Westerborstel 40,39 m²; diese Größe lag sowohl etwas über dem Kreisdurchschnitt mit 37,15 m² als auch über dem Landesdurchschnitt mit 35,61 m².

7. Landwirtschaft

Im Jahr 2007 existierten in Westerborstel 6 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Gesamtbetriebsfläche von 330 ha.

Landwirtschaftliche Betriebe

	1991	1999	2007
Zahl der Betriebe	6	5	6
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	289 ha	329 ha	330 ha
Ackerland	44 ha	82 ha	115 ha
Dauergrünland	237 ha	247 ha	214 ha

Anzahl und Größe der landwirtschaftlichen Betriebe

	1991	1999	2007
landwirtschaftlich genutzte Fläche			
unter 2 ha	-	-	-
2 – 10 ha	2	1	2
10 – 30 ha	-	-	-
30 – 50 ha	-	-	1
über 50 ha	4	4	3

Durch die vorliegenden Zahlen wird der ländliche Charakter der Gemeinde Westerborstel bestätigt, in dem der generelle Strukturwandel in der Landwirtschaft noch nicht Einzug gehalten hat, jedoch zu erwarten ist.

8. Waldflächen

„Der Wald ist wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) und wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, zu mehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung ist nachhaltig zu sichern.“ (§ 1 Landeswaldgesetz)

Innerhalb des Gemeindegebietes sind nur vier kleinteilige Waldflächen im Sinne des Landeswaldgesetzes mit einer Größe von insgesamt ca. 3,1 ha dargestellt.

Sowohl die Umwandlung als auch die Beseitigung von Wald bedarf der Genehmigung durch die Untere Forstbehörde. Unter Umwandlung wird die anderweitige Überplanung einer Waldfläche verstanden, unter Beseitigung das tatsächliche Fällen der Bäume.

Weiterhin ist bei allen Planungen zu berücksichtigen, dass bei der Bebauung ein Mindestabstand von 30 m im Sinne des §24 LWaldG zum Wald eingehalten werden muss. Diese Vorschrift gilt sowohl zum Schutz des Waldes als auch zum Schutz der Bebauung.

9. Industrie- und Gewerbe

Die Gemeinde Westerborstel verfügt über keinerlei Industrie- oder Gewerbeflächen. Entsprechende Flächen sind im Flächennutzungsplan auch nicht vorgesehen. Kleinteilige gewerbliche Nutzungen sind innerhalb der gemischten Bauflächen integriert.

10. Eigentümer von Grund und Boden

Der im Eigentum öffentlicher Träger befindliche Grundbesitz unterliegt überwiegend auch einer öffentlichen Nutzungsbestimmung, wie z.B. die Verkehrsflächen oder die Flächen für die Abwasserbeseitigung.

Weitergehende Inanspruchnahme von Flächen durch öffentliche Träger ist nicht vorgesehen.

11. Behörden und öffentliche Dienste

Die Gemeinde Westerborstel gehört dem Amt Kirchspielslandgemeinde Eider an. Der Sitz der Amtsverwaltung befindet sich in Hennstedt. Außenstellen befinden sich in Lunden und Tellingstedt. Die nachfolgend aufgeführten Behörden bzw. Dienststellen stellen eine Auswahl dar:

Pahlen	Eider-Treene-Verband
Tellingstedt	Polizeistation
Heide	Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR- Landwirtschaft, ländliche Entwicklung) Arbeitsamt Finanzamt Kreisverwaltung Außenstelle des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr S-H Versorgungsamt
Itzehoe	Gebäudemanagement S-H Hauptzollamt Landgericht Betriebssitz des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr S-H Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR- Landwirtschaft, ländliche Entwicklung/ Naturschutz, Technischer Umweltschutz)
Meldorf	Finanzamt Amtsgericht Katasteramt

12. Schulen / Kindergärten

Eine allgemeinbildende Schule als Grund-, und Gemeinschaftsschule befindet sich in der Gemeinde Tellingstedt; Gymnasialstufen werden in der Kreisstadt Heide vorgehalten. Auch eine Förderschule und ein Kindergarten befinden sich im ländlichen Zentralort Tellingstedt.

Berufliche Schulen befinden sich in der Kreisstadt Heide sowie in Meldorf.

13. Krankenhäuser, Ärzte, Apotheken

Das nächstgelegene Krankenhaus befindet sich in Form des Westküstenklinikums in der Kreisstadt Heide. Im Westküstenklinikum ist eine Außenstelle der Universitätsklinik der Christian-Albrecht-Universität Kiel untergebracht.

Weitere Krankenhäuser in mittelbarer Umgebung befinden sich im Kreisgebiet in Brunsbüttel, im Kreis Nordfriesland in Tönning und in Husum sowie im Kreis Steinburg in Itzehoe.

Praktizierende Ärzte sind in Westerborstel nicht ansässig.

Primär Allgemein- und Zahnärztliche Praxen sowie eine Apotheke sind in Tellingstedt vorhanden; Fachärztliche Praxen sind in der Kreisstadt Heide als Mittelzentrum vorhanden. Weitergehende Versorgungseinrichtungen sowie weitergehende Einrichtungen der medizinisch-sozialen Betreuung befinden sich ebenfalls in Heide.

14. Verkehr

Kraftfahrzeugverkehr

Das Gemeindegebiet wird in Ost-Westrichtung durch die Kreisstraße K 42 gequert, die die Ortslage von Westerborstel mit Tellingstedt und Rederstall verbindet. In südwestlicher Richtung führt der Welmbüttler Weg nach Welmbüttel und Gaushorn. Weitere Wege mit Verbindungsfunktion bestehen nicht. Die Nähe zur Gemeinde Tellingstedt und der damit verbundene Anschluss an die B 203 in Richtung Heide und Rendsburg schaffen eine attraktive verkehrliche Situation. Erreicht wird die B 203 in Tellingstedt über die in Nord-Südrichtung verlaufende Landesstraße L 149 Richtung Hennstedt und Albersdorf.

Die geltenden Ortsdurchfahrtsgrenzen sowie die jeweiligen Anbauverbotszonen sind nachrichtlich im Flächennutzungsplan dargestellt.

Eisenbahnverkehr

Das Gemeindegebiet selbst hat keinen direkten Anschluss an eine Bahnstrecke. Erst im südlich der Gemeinde gelegenen Albersdorf besteht Anschluss an eine Nebenstrecke, die nach Westen hin in der Stadt Heide die Verbindung der Nord- Süd- Strecke Hamburg- Westerland/ Sylt der Deutschen Bahn darstellt. Nach Osten hin erreicht man von Albersdorf aus auf der Nebenstrecke Neumünster.

Die Möglichkeit allgemein verfügbaren Güterverkehrs besteht nicht.

Öffentlicher Nahverkehr

Die Gemeinde Tellingstedt besitzt Busverbindungen in Richtung Heide und Kiel, betrieben durch die Heider Stadtverkehr GmbH zusammen mit der AUTOKRAFT. Auf der Strecke Westerborstel- Rederstall- Schalkholz- Tellingstedt verkehrt 5x täglich ein Schulbus, der auch von anderen Interessenten genutzt werden kann.

15. Geologie und Relief

Die Gemeinde Westerborstel befindet sich am Rande der Geest. Das Abschmelzen des Inlandeises bedingte einen Anstieg des Meeresspiegels. Die Überflutung setzte im gesamten Küstengebiet von Holland bis nach Jütland etwa gleichzeitig im mittleren Jahrtausend v. Chr. ein. Im sogenannten Mittelalluvium (etwa 4000-2000 v. Chr.) erreichte die Transgression die innere Küste, den heutigen Geestrand in Dithmarschen und Nordfriesland. Der Anstieg des Meeres erfolgte sehr rasch und das Meer wies vor der holsteinischen Küste, am heutigen Geestrand große Tiefen auf. Infolgedessen entwickelten sich zunächst weder Watten noch Marschen und das Meer konnte ungehindert an die Dithmarscher Geest branden. Erst als sich der Anstieg des Meeres verlangsamte beziehungsweise in eine Regression umschlug, kam es zum Ende des Mittelalluviums vor der Eiderstedter Nehrung und vor Dithmarschen zur Wattenbildung. (Gabriele Schiller, Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein)

Die durchschnittlichen Höhenlagen des Terrains liegen zwischen 2 und 25 m ü. NN.

Der Landschaftsplan der Gemeinde Westerborstel stellt die Situation detailliert dar:

Die Oberflächengestalt der Gemeinde wurde im Wesentlichen durch die Auswirkung des Warthe-Stadiums der Saale-Eiszeit geformt und weist ein zu den Niederungen hin leicht abfallendes Gelände ohne steile Kanten auf. Die den Geestrücken untergliedernde, heute grabenartig ausgebauten, Abflusssrinnen verlaufen in nordwestlicher Richtung.

Im Siedlungsbereich ist das von der Eis- und Nacheiszeit geprägte Relief anthropogen durch Siedlungstätigkeit, Straßenbau, Kiesabbau und Landwirtschaft nachhaltig verändert worden. Wesentliche Veränderungen ergaben sich im Nordosten des Gemeindegebietes wo Schmelzwassersande abgebaut wurden und ein weitgehend ebenes Gelände entstand.

Die Oberflächengestalt von Westerborstel wurde im Wesentlichen durch die vorletzte Eiszeit (Saale- Eiszeit, Warthe- Stadium) geprägt. Es überwiegen Bereiche mit pleistozänen Ablagerungen (Altmoränen der Hohen Geest), die an die Niederungen mit ihren holozänen Ablagerungen angrenzen. Die Hohe Geest ist aus bis zu 50 m mächtigen Grundmoränen, Endmoränen und Sandern der Saale-Eiszeit aufgebaut. Die im Gemeindegebiet vorhandenen pleistozänen Ablagerungen sind einem jüngeren Eisvorstoß der Saale-Eiszeit, dem Warthe-Stadium zuzurechnen. Für ein Altmoränengebiet sind die vorhandenen Reliefunterschiede beachtlich. Die zum Welmbüttler Endmoränen- Höhenzug zählenden südlichen Teile des Gemeindegebietes erreichen Höhen von bis zu 25 m über NN. Hier ist ein hervorragender Überblick über die eiszeitlich geformte Landschaft möglich.

In den südlichen und östlichen Bereichen von Westerborstel sind mit sandigen Fließerden überdeckte Moränen aus Lehm oder sandigem Lehm prägend. In den zentralen Bereichen des Gemeindegebietes sind wartheeiszeitliche Schmelzwasserablagerungen, z.T. mit Flugsandüberdeckung vorherrschend. Diese vorwiegend aus Fein- und Mittelsand bestehenden Ablagerungen wurden in Teilbereichen abgebaut.

Holozänen Ursprungs sind die Niedermoor- und Hochmoortorfe in den Niederungsbereichen von Broklandsau und Wierbek. Die Ablagerungen sind hier überwiegend bis zu 4 m mächtig. In den Niedermooren dominieren Seggen- und Schilftorfe.

Die vorhandenen holozänen Ablagerungen bieten eine überwiegend günstige Durchlässigkeit. Nur im Süden des Gemeindegebietes weisen Geschiebemergelablagerungen auf eine eingeschränkte Durchlässigkeit hin.

16. Natur- und Landschaftsschutz

Gemäß des Landesnaturschutzgesetzes (LNatSchG- hier in der Fassung **vor** der Fortschreibung am 06. März 2007) haben Gemeinden die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes in Landschaftsplänen darzustellen. Ein Landschaftsplan ist umgehend aufzustellen, wenn ein Bauleitplan aufgestellt, geändert oder ergänzt werden soll und Natur und Landschaft hierdurch erstmalig oder schwerer als nach der bisherigen Planung beeinträchtigt werden können.

Die Gemeinde Westerborstel verfügt über einen festgestellten Landschaftsplan vom Januar 2001 durch den *freien Garten- und Landschaftsarchitekten Ulrich Siller*.

Die geeigneten Inhalte des Landschaftsplanes sind gemäß §6 (4) LNatSchG (alt) Bestandteile des Flächennutzungsplanes und diesbezüglich durch o.g. Planer in den vorliegenden Flächennutzungsplan übernommen worden.

Landschaftsprogramm

Das Landschaftsprogramm des Landes Schleswig-Holstein ist das Planungsinstrument, das gem. § 4a LNatSchG die Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes auf Landesebene unter Beachtung der Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung darstellt. Es dient als fachliche Vorgabe für die Landschaftsrahmenpläne auf regionaler sowie die Landschaftspläne auf kommunaler Ebene; das Landschaftsprogramm wurde im Mai 1999 verabschiedet (MUNF 1999).

Das Landschaftsprogramm hat gegenüber den Bürgern keine eigene Rechtsverbindlichkeit. Die Inhalte des Landschaftsprogramms sind jedoch bei Planungen und Verwaltungsverfahren zu berücksichtigen. Diese Verpflichtung besteht für Behörden und Stellen, deren Planungen sich auf die Natur auswirken können.

Für die Gemeinde Westerborstel werden folgende Aussagen gemacht:

- Der nördliche und östliche Teil der Gemeinde liegt im geplanten Wasserschutzgebiet für das Wasserwerk in Linden.
- Mit Ausnahme des westlichen Abschnittes liegt die Gemeinde in einem „Gebiet mit besonderer Bedeutung für die Bewahrung der Landschaft, ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit, sowie als Erholungsraum“.
- Ein Achsenraum des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems verläuft von Wiemerstedt über Süderheistedt nach Tellingstedt. Dieser streift das Gemeindegebiet von Westerborstel im Nordwesten.

Landschaftsrahmenplan Dithmarschen/Steinburg

Für das Gebiet der Gemeinde Westerborstel sind im aktuellen Landschaftsrahmenplan folgende flächige Funktionen dargestellt:

- Kulturlandschaften mit besonderer Bedeutung für Naturschutz und Landschaftspflege

Das gesamte Gemeindegebiet ist als „Kulturreicher Landschaftsausschnitt“, die zudem noch „Historische Kulturlandschaften“ darstellen.

- Landschaftsschutzgebiete:

Landschaftsschutzgebiete gemäß LNatSchG bestehen innerhalb des Gemeindegebietes nicht.

Den westlichen Bereich der Gemeinde bildet jedoch insgesamt ein Gebiet, welches im Landschaftsplan der Gemeinde Westerborstel einer Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet empfohlen wird.

- Gebiete mit besonderen ökologischen Funktionen:

Als solche sind die an das Welmbüttler Moor und der im Süden an das Gemeindegebiet heranreichende Norderwohld dargestellt. In diesen, in ihrer Gesamtheit der natürlichen Faktoren nicht oder nur extensiv genutzten Gebieten sollen keine wesentlichen Veränderungen oder dauerhafte und stärkere Belastungen einzelner Ökofaktoren erfolgen.

- Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems

Als solches ist die nord-westliche Fläche des Gemeindegebietes im Schwerpunktbereich zwischen dem bestehenden Landschaftsschutzgebiet „Welmbüttler Moor“ (Gemeinde Welmbüttel) und der im Landschaftsplan empfohlenen Unterschutzstellung des gesamten westlichen Bereichs der Gemeindefläche, gekennzeichnet.

- Wasserschutzgebiet

Es ist geplant, das gesamte Gemeindegebiet als Wasserschutzgebiet auszuweisen. Wasserschutzgebiete, sind Gebiete, in denen zum Schutz von Gewässern (Grundwasser, oberirdische Gewässer, Küstengewässer) vor schädlichen Einflüssen besondere Ge- und Verbote gelten.

- Sonstige Gebiete

Im nord-östlichen Teil des Gemeindegebietes befindet sich ein Gebiet mit besonderer Bedeutung für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe. Auch der im Südwesten von Westerborstel gelegene Geestrücken ist als Rohstoffsicherungsgebiet für Sand bzw. Kies ausgewiesen. Diese Flächen werden jedoch nicht mehr für einen Abbau genutzt und sind seit 1975 rekultiviert worden.

- Erholungsinfrastruktur

In Nord- Südausrichtung verlaufen im östlichen Teil des Gemeindegebietes sowohl ein Radfernweg, als auch ein Fernwanderweg.

Entwicklungskonzept Naturschutz und Landschaftspflege

Vorgeschlagenes Landschaftsschutzgebiet (Biotopverbundsplanung)

Für das im Westen des Gemeindegebietes angrenzende Landschaftsschutzgebiet „Welmbüttler Moor“ ist in Anlehnung an die Biotopverbundplanung des LANU eine Erweiterung um im Gemeindegebiet Westerborstel gelegene Bereiche sinnvoll. Entsprechendes gilt für die im Gemeindegebiet von Westerborstel gelegenen Flächen im Bereich Krim-Tielenau-Niederung. Diese Bereiche sind in der Biotopverbundplanung des LANU als Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen des Naturschutzes dargestellt. Durch die Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet soll u.a. gewährleistet werden, dass in den Niederungsbereichen:

- Bodenabbau nicht stattfinden darf
- baugenehmigungspflichtige Anlagen nicht errichtet werden
- ein Gewässerausbau- mit Ausnahme von Renaturierungsmaßnahmen verhindert wird
- Modellflugkörper u.ä. nicht aufsteigen oder landen dürfen
- Deponieplanungen oder ähnliches verhindert werden

Eignungsflächen für den Biotopverbund

Als Eignungsflächen zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems werden neben den bereits geschützten Bereichen und den Entwicklungs- und Maßnahmenflächen, Bereiche dargestellt, die für weitere Maßnahmen des Naturschutzes vorrangig geeignet sind.

Entsprechend der Gliederung des Biotopverbundsystems des LANU sind für die Biotopverbundplanung im Gemeindegebiet folgende Bereiche hervorzuheben:

- auf regionaler Ebene:
Zu den Schwerpunktbereichen zählt das benachbarte Welmbüttler Moor mit angrenzenden Grünlandflächen.
Zu den Haupt bzw. Nebenverbundachsen gehören die im Norden von Westerborstel gelegenen Grünlandflächen, sowie der westliche Teil der Broklandsau.
- auf der lokalen Ebene:
Die durch das Gemeindegebiet verlaufenden Fließgewässer wie die Broklandsau und sonstige grabenartig ausgebaute Zuflüsse sind mit angrenzenden Uferbereichen als Biotopverbundachsen von lokaler Bedeutung einzustufen.

Daneben finden sich im Gemeindegebiet weitere ökologisch bedeutsame Flächen wie Tümpel, Trockenrasen, kleinflächige, quellige Naßwiesen, sowie einzelne Gehölzinseln. Die vorhandenen Knicks bilden Querverbindungen zwischen den durch die Fließgewässer gebildeten Verbundachsen aus.

Vorrangige Flächen für den Naturschutz

Der Begriff "Vorrangige Flächen für den Naturschutz" ist in § 15 LNatSchG (alt) verbindlich festgelegt. Vorrangige Flächen für den Naturschutz sind demnach gesetzlich geschützte Biotopen, Naturschutzgebiete und geschützte Landschaftsbestandteile, Knicks, sowie Flächen, die die Anforderungen für die Ausweisung als Schutzgebiet oder geschützter Landschaftsbestandteil erfüllen.

Aus dem Landschaftsplan der Gemeinde Westerborstel entnommen, werden folgende Flächen dargestellt:

1. das zur Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet empfohlene Areal
2. die nach dem § 15 geschützten Biotope (alt) und
3. Biotopentwicklungsflächen / Biotopverbundflächen

Die Gruppen 2. und 3. sind aus dem Bestand übernommen.

Schutzgebiete, geschützte Biotope

Naturschutzgebiete

Festgesetzte Naturschutzgebiete bestehen innerhalb des Gemeindegebietes nicht.

Geschützte Biotope

Bei den im Landschaftsplan als geschützte Biotope nach § 15a LNatSchG (alt) dargestellten Flächen handelt es sich um solche Flächen, die nach Stellungnahme der begutachtenden Botaniker der Definition der geschützten Biotoptypen entsprechen (§ 15a-Verdachtsflächen). Die eigentliche Ausweisung als nach § 15a (1) LNatSchG (alt) geschütztes Biotop erfolgt mit Übernahme in das Naturschutzbuch, welches die Untere Naturschutzbehörde führt. In diesem Rahmen werden die dargestellten Flächen durch die Untere Naturschutzbehörde auf ihre Schutzwürdigkeit hin überprüft werden. Der Eigentümer wird von der Übernahme der geschützten Biotope in das Naturschutzbuch informiert werden.

Der Schutzstatus nach § 15a (alt) gilt jedoch seit Inkrafttreten des Landesnaturschutzgesetzes vom Juni 1993, unabhängig von der Ausweisung der Fläche und Kenntnisnahme des Eigentümers.

Eingriffe in geschützte Biotope sind generell unzulässig. Die Fortführung einer bisher durchgeführten Nutzung ist zulässig, wenn der Charakter des Biotopes dadurch nicht nachhaltig verändert wird.

Die nach § 15a LNatSchG (alt) geschützten Biotope sind nachrichtlich in die Planung übernommen und entsprechend dargestellt.

Biotope der Abgrabungsflächen

Sand- bzw. Kiesgruben, in denen periodisch Abgrabungen stattfanden, sind nur noch an einem Standort im nördlichen Gemeindegebiet vorhanden. In den weitgehend vegetationslosen Abgrabungsbereichen wachsen vereinzelt Pionierfluren. Ehemalige Kiesabbauflächen wurden rekultiviert und werden wieder landwirtschaftlich genutzt.

Vorhandene Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Eine Fläche innerhalb des Gemeindegebietes ist bereits als rechtskräftige Ausgleichsfläche festgesetzt worden:

- Diese liegt an der westlichen Gemeindegrenze und stellt einen Ausgleich für eine Wohnbaumaßnahme (Bebauungsplan Nr. 2 für das Gebiet „südlich der Tellingstedter Straße und westlich der vorhandenen Bebauung an der Gemeindegrenze“) dar. Die Flächengröße beträgt ca. 11.267 m². Die Fläche wurde der Sukzession überlassen. 3.600 m² davon sind bereits als Bilanzierungsflächen für den Bebauungsplan Nr. 2 verwertet worden.

Übernahme von Inhalten des Landschaftsplanes in den Flächennutzungsplan

Zur weiteren Stärkung der Ziele von Naturschutz und Landschaftsplanung in der räumlichen Planung der Gemeinde für die nächsten 10- 15 Jahre sind wichtige Inhalte des Landschaftsplans in den Flächennutzungsplan zu übernehmen.

Folgende Darstellungen des Landschaftsplanes wurden in den Flächennutzungsplan eingestellt:

- Die gesetzlich geschützten Biotop gem. § 15a LNatSchG (alt).
- Die Biotopverbundflächen als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB).
- Die Flächen für die Land- und Forstwirtschaft
- Die Flächen für Eingriffe in Natur und Landschaft und deren Ausgleich.

Auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung werden die Inhalte der Landschaftsplanung in der Regel durch die Aufstellung von landschaftsökologischen Fachbeiträgen eingebracht und detailliert.

17. Ver- und Entsorgung

17.1 Wasserversorgung

Die Wasserversorgung innerhalb des Gemeindegebietes erfolgt durch den Wasserverband Norderdithmarschen durch das Wasserwerk Linden. Die vorhandenen Transport- und Versorgungsleitungen des Wasserverbandes sind im Flächennutzungsplan gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 4 BauGB dargestellt.

Der Bedarf mit Trink- und Brauchwasser innerhalb des Gemeindegebietes ist gedeckt.

17.2 Versorgung mit Elektrizität

Die Versorgung mit Elektrizität innerhalb des Gemeindegebietes erfolgt durch das Netz der E.ON Hanse AG. Westlich der Ortslage von Westerborstel verläuft eine oberirdische 20 KV- Versorgungsleitung in Richtung Rederstall, ebenso wie eine 20 KV- Leitung, die das Gemeindegebiet an der südlichen Gemeindegrenze schneidet. Die vorhandenen und künftig entfallenden Versorgungsleitungen der E.ON Hanse AG sind im Flächennutzungsplan gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 4 BauGB dargestellt.

Der Bedarf mit Elektrizität innerhalb des Gemeindegebietes ist gedeckt.

17.3 Gasversorgung

Die Erdgasversorgung innerhalb des Gemeindegebietes erfolgt durch die E.ON Hanse AG.

Der Bedarf mit Erdgas innerhalb des Gemeindegebietes ist gedeckt.

17.4 Fernmeldeeinrichtungen

Die Fernmeldeanlagen innerhalb des Gemeindegebietes werden durch die Deutsche Telekom AG betrieben.

Zur Sicherstellung der Grundversorgung mit Telekommunikationsleitungen beabsichtigt die Deutsche Telekom AG im gesamten Gebiet der aufzustellenden Bebauungspläne im Bereich der Straßen und Wege Telekommunikationskabel zum Zeitpunkt der Erschließung auszulegen. Dazu ist es notwendig, dass in allen Straßen geeignete und ausreichende Trassen für die Unterbringung der Telekommunikationsleitungen vorgesehen werden. Innerhalb der Siedlungsbereiche ist die flächendeckend unterirdisch verlaufende Leitungsführung anzustreben.

17.5 Abfallbeseitigung / Altablagerungen

Abfallbeseitigung

Die Abfallbeseitigung ist durch die Satzung über die Abfallbeseitigung im Kreis Dithmarschen geregelt und wird durch die Abfallwirtschaftsgesellschaft Dithmarschen (AWD) sichergestellt.

Altablagerungen

Im gemeinsamen Erlass des Innenministeriums und des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten vom 5. März 2001, „Berücksichtigung von Flächen mit Bodenbelastungen, insbesondere Altlasten, in der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren“ sind Altablagerungen als eine Erscheinungsform von Altlasten definiert. Hierbei handelt es sich um künstliche Aufhaldungen und Verfüllungen mit Stoffen, die sich von dem natürlichen Untergrund unterscheiden und von denen eine Umweltgefährdung ausgehen kann.

Innerhalb des Gebietes der Gemeinde Westerborstel befinden sich zwei bekannte Altablagerungsstätten:

Altstandort 121

Südlich der Ortslage (Flur 2, Flurstück 42)

Inhalt: Haus- und Sperrmüll

Menge: 5.100 m³

Prioritätsstufe: K

Altstandort

nördlich der mittigen Waldfläche

Inhalt: nicht bekannt

Menge: nicht bekannt

Prioritätsstufe: nicht bekannt

17.6 Abwasserbeseitigung

Schmutzwasser

Das anfallende Schmutzwasser wird innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile über eine Trennkanalisation in das Klärwerk Tellingstedt geleitet. Die Anlage zur mechanisch-vollbiologischen Reinigung hat eine Kapazität von 4.000 Einwohnergleichwerten, die entsprechend der derzeitigen Einwohnerzahl nicht ausgeschöpft wird. Ab einer Größe von 5.000 Einwohnergleichwerten ist zusätzlich eine weitergehende Reinigung vorgeschrieben. Das geklärte Abwasser wird im Bereich des Klärwerkes in die Tielenau eingeleitet.

Die Reinigung des anfallenden Schmutzwassers auf den bebauten Grundstücken außerhalb der bebauten Ortslage der Gemeinde erfolgt in Kleinkläranlagen auf den Grundstücken selbst. Entsprechend DIN 4261 ist zwischen dem Ablauf einer Mehrkammergrube und dem Einlauf in ein Gewässer bzw. in den Untergrund eine biologische Nachreinigung erforderlich.

Niederschlagswasser

Das anfallende Niederschlagswasser sowie das geklärte Abwasser werden in die Vorfluter des Sielverbandes Tielenau eingeleitet.

Dieser Sielverband ist als Unterverband dem Eider- Treene- Verband mit Sitz in Pahlen angeschlossen.

Die Planung und Ausführung erforderlicher Maßnahmen zur Einleitung des Niederschlagswassers und der geklärten Abwässer hat im Einvernehmen mit den betroffenen Sielverbänden und Fachbehörden, dem Eider- Treene- Verband und der Wasserbehörde des Kreises Dithmarschen zu erfolgen.

Die Einleitung in ein Gewässer I. oder II. Ordnung bedarf der Einleitungserlaubnis durch die Untere Wasserbehörde des Kreises Dithmarschen.

Die Satzungen der Sielverbände sind zu beachten. Ist im Rahmen einer verbindlichen Bauleitplanung ein Verbandsgewässer betroffen, so gilt im Allgemeinen, dass zu Gunsten des Sielverbandes ein Geh- und Fahrrecht -beidseitig des Vorfluters, mindestens 5,0 m breit- einzutragen ist. Sollten bestehende Verbandsanlagen geändert oder berührt werden, so bedarf es der Durchführung eines förmlichen Planänderungsverfahrens entsprechend der Satzung des betroffenen Sielverbandes.

Sollte es infolge einer Bebauung zu erhöhten Abflussspenden aus Niederschlags- und Abwasser kommen, die die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Verbandsanlagen überschreiten, so gehen die planerischen und baulichen Maßnahmen an den Verbandsanlagen zu Lasten des Veranlassers. Die genehmigten Gewässerpläne liegen beim Eider- Treene- Verband zur Einsichtnahme aus.

18. Steuerhebesätze

In der Gemeinde Westerborstel gelten mit Wirkung des Jahres 2008 die folgenden Hebesätze:

Grundsteuer A für land- und forst- wirtschaftliche Betriebe	260
Grundsteuer B für Grundstücke	260
Gewerbsteuer Kapital und Ertrag	300

Planungsziele der Gemeinde

19. Allgemeines

Im Leitbild der Ziffer 6 – Siedlungsstruktur und Siedlungsentwicklung – des derzeit im Aufstellungsverfahren befindlichen Landesentwicklungsplan-Entwurfs (LEP-Entwurf) von 2009 ist festgelegt, dass jede Gemeinde einen ihrer Möglichkeiten entsprechenden Beitrag zur Weiterentwicklung der Siedlungsstruktur im Lande leisten soll. Dies soll u.a. dadurch erreicht werden, dass die Siedlungsentwicklung auf Schwerpunkte konzentriert und an geeigneten Standorten in ausreichendem Umfang die Ausweisung von Flächen für Wohnen, Gewerbe und Dienstleistungen ermöglicht wird. Der Entstehung, Verfestigung und Ausweitung von Splittersiedlungen ist entgegenzuwirken. Auch ist der mittlerweile überholte allgemeine Rahmen der Siedlungsentwicklung der Gemeinden des auslaufenden Landesraumordnungsplans für Gemeinden außerhalb der Siedlungsschwerpunkte zu beachten.

Vor dem Hintergrund der künftigen demografischen Entwicklung wird es im Rahmen des LEPs zu einer Anpassung dieses Siedlungsrahmens kommen müssen. Für Westerborstel bedeutet dies, dass ein Entwicklungsrahmen von ca. 5 Wohnbaugrundstücken für den Planungszeitraum bis 2025 von der Landesplanung vertretbar ist.

Die Gemeinde Westerborstel leistet ihren Beitrag durch die Aufstellung des vorliegenden Flächennutzungsplanes als „Geschäftsgrundlage“ für weitergehende bauliche Entwicklungen in den nächsten 10-15 Jahren.

Insbesondere durch den Bebauungsplan Nr. 1 für das Gebiet nördlich der Westerborstelstraße zwischen Klaus-Groth-Str. und Kirchenkoppel und Bebauungsplan Nr. 2 für das Gebiet südlich der Tellingstedter Straße und westlich der vorhandenen Bebauung an der östlichen Gemeindegrenze mit ihren rechtsverbindlichen Änderungen wurde bis zum Jahr 2000 der örtliche Bedarf an Bauflächen weitestgehend gedeckt.

In den letzten 10 Jahren ist dieser Bedarf, nicht zuletzt auch angesichts einer wachsenden Zahl an Einwohnern in Westerborstel, wieder gestiegen.

Im nördlichen Anschluss an den Bereich des Bebauungsplans Nr. 2, auf der gegenüberliegenden Seite der Tellingstedter Straße, würden Flächenreserven verbleiben, durch die bis zum Ende des Planungszeitraumes 2025 der entsprechende Bedarf in koordinierter Form gedeckt werden könnte. Durch den Landschaftsplan wurde gleichzeitig die Eignung dieser Flächen für eine bauliche Innutzungnahme geprüft und positiv bewertet (W₂ und W₃, 1. Priorität). Jedoch entfallen diese, da sie auf Dauer nicht verfügbar sind.

Daher werden nunmehr Flächen im Bereich des Welmbüttler Weges als gemischte Bauflächen dargestellt. Südlich des Weges besteht die Möglichkeit, sowohl den wohnbaulichen Entwicklungsrahmen in Form der angesprochenen 5 Wohneinheiten zu etablieren, sowie auch die innerörtliche Umsiedlung eines Gewerbebetriebes, der derzeit eine räumlich unzureichende Immobilie innerhalb der vorhandenen Ortslage nutzt, in zukunftsorientierter Form zu realisieren. Die Folgenutzung des freiwerdenden Wohnbaugrundstückes wird vor dem Hintergrund der Innenentwicklung dem Wohnungsmarkt in Westerborstel wieder zur Verfügung gestellt werden.

Zur Schaffung der erforderlichen planungsrechtlichen Voraussetzungen für die skizzierte Verlagerung des Gewerbebetriebes plant die Gemeinde zeitnah die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 3 südöstlich des Welmbüttler Weges und nordöstlich des Reitplatzes. Die verbleibenden als gemischte Bauflächen dargestellten Bereiche im Anschluss an die vorhandene Ortslage werden im Nachgang bedarfsgerecht ebenfalls einer verbindlichen Bauleitplanung zugeführt werden, um den örtlichen Eigenbedarf an Wohn- und/oder Gewerbegrundstücken in der dargestellten Größenordnung aufnehmen zu können.

20. Wohnbauflächen – W –

Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Westerborstel definiert lediglich eine kleine bestehende Wohnbaufläche - W - am östlichsten Zipfel des Gemeindegebietes mit drei Baugrundstücken. Aufgrund der fließenden Übergänge bezüglich der Siedlungsstrukturen, sind Tellingstedt und Westerborstel hier stark verwoben.

Wie schon unter – allgemeine Planungsziele der Gemeinde- dargestellt, besteht in diesem Bereich der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 1.

Insgesamt stellt der Flächennutzungsplan Wohnbauflächen in einer Größe von ca. 0,3 ha dar.

21. Gemischte Bauflächen – M –

Im vorliegenden Flächennutzungsplan der Gemeinde Westerborstel sind im östlichen Gebiet, angrenzend an die Siedlungsstrukturen der Gemeinde Tellingstedt, entlang der Tellingstedter Straße (K 42) gemischte Bauflächen – M – dargestellt. Diese bestehen aus bereits existierenden Baugrundstücken und Baulücken, die es, wie schon unter - Planungsziele – erwähnt, in koordinierter Art und Weise zu schließen gilt.

Diese Ausweisungen im Plan sind entsprechend der tatsächlichen Nutzung erfolgt. Neben Wirtschaftsstellen landwirtschaftlicher Betriebe und den dazugehörigen Wohnungen und Wohngebäuden finden sich hier die typischen Nutzungen einer gewachsenen Gemengelage an.

Weitere gemischte Baufläche, die derzeit baulich noch ungenutzt ist, sind südlich des Welmbüttler Weges und nordöstlich des Reitplatzes dargestellt. Im Landschaftsplan aus dem Jahr 2000 ist die Fläche südlich des Welmbüttler Weges als Flächenpotential gekennzeichnet, jedoch in Relation zu anderen potentiellen Bauflächen als weniger gut für eine (Wohn)bebauung eingeordnet. Die vorgeschlagene wohnbauliche Erweiterungsmöglichkeit W₁ des Landschaftsplans am westlichen Ortseingang entlang der K 42 kann aufgrund des stark emittierenden landwirtschaftlichen Betriebes auf der gegenüberliegenden Straßenseite nicht mehr als solche ausgewiesen werden. Im Flächennutzungsplan ist dieser Schweinemast- Betrieb daher auch der landwirtschaftlichen Fläche zugeordnet worden. Die Erweiterungsmöglichkeiten W₂ und W₃ sind – wie bereits dargestellt – dauerhaft nicht verfügbar. Des Weiteren ist die wohnbauliche Erweiterungsmöglichkeit W₄ bereits umgesetzt worden (Bebauungsplan Nr. 2 „südlich der Tellingstedter Straße und westlich der vorhandenen Bebauung an der östlichen Gemeindegrenze“).

Nicht zuletzt besteht der Wunsch eines ortsansässigen- nicht emittierenden-Gewerbeunternehmens, seine Flächen zu erweitern und auf eine Fläche südlich des Welmbüttler Weges umzusiedeln.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Gemeinde Westerborstel vor dem Hintergrund des demografischen Wandels mit ihren derzeit verfügbaren und neu ausgewiesenen Wohnbauflächen sparsam haushalten muss da die Gemeinde keinen Schwerpunkt der Siedlungsentwicklung darstellt. Zur örtlichen Bedarfsdeckung wird jedoch zeitnah der Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Westerborstel aufgestellt werden. Der weitere städtebauliche Zusammenhang nach Norden sollte hier möglichst bald hergestellt werden.

Insgesamt stellt der Flächennutzungsplan Gemischte Bauflächen in einer Größe von ca. 6,7 ha dar.

22. Gewerbliche Bauflächen – G –

Innerhalb des Gebietes der Gemeinde Westerborstel werden keine gewerblichen Bauflächen – G – dargestellt. Aufgrund der ländlichen Prägung der Gemeinde ist ein entsprechender Bedarf an spezifischen Flächen nicht erkennbar; vielmehr werden gewerbliche Nutzungen innerhalb der gemischten Bauflächen zu integrieren sein.

23. Sondergebiete – SO –

Innerhalb des Gebietes der Gemeinde Westerborstel wird ein Sondergebiet – SO – dargestellt.

Ca. 125 m westlich der zukünftigen Siedlungsentwicklung am Welmbüttler Weg plant die Gemeinde Westerborstel die Errichtung eines „Bürger- Solarparks“ in Form einer Photovoltaik- Freiflächenanlage.

Die Ausgestaltung des Vorhabens als Bürger-Solarpark ist erklärtes Ziel der Gemeinde. Neben den allgemeinen positiven Auswirkungen auf die Umwelt durch die Erzeugung regenerativer Energie profitiert die Region damit auch von der Wertschöpfung aus der Anlage. Die Akzeptanz des Projektes in der Bevölkerung ist somit gegeben.

Die Auswahl der Fläche erfolgte unter besonderer Berücksichtigung des Beratungserlasses von den zuständigen Landesministerien und der Staatskanzlei vom 5. Juli 2006. Die ausgewählte Fläche zeichnet sich im besonderen Maße gegenüber anderen Flächen im Gemeindegebiet aus. Im östlichen Anschluss an das Sondergebiet befinden sich bereits existierende und geplante Siedlungsstrukturen des südlichen Ortskerns von Westerborstel. Des Weiteren befindet sich die Fläche seit mehr als 3 Jahren unter ackerbaulicher Nutzung. Auch die Exposition, die leichte Hanglage und die bereits vorhandene Erschließung der Fläche unterstützen die Standortentscheidung maßgeblich.

Dennoch erfolgt unter – 26. Umweltbericht – die Prüfung alternativer Planungsmöglichkeiten.

Die Fläche befindet sich sowohl in einem Gebiet mit besonderer Bedeutung für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe, als auch in einem archäologischen Interessengebiet. Hier wird es im Rahmen der Planung jedoch, wie schon im Kapitel 2- Raumordnungsplanerische Vorgaben- erwähnt, zu keiner irreversiblen Nutzung kommen. Die Flächen werden lediglich von einer temporären Nutzung überlagert, welche eine spätere Rohstoffgewinnung nach Ablauf der angestrebten Nutzungsdauer von 20 – 25 Jahren durch die PV-Freianlage nicht ausschließt. Es wird vorgesehen, die Fläche durch einfache Tischanlagen zu bestücken. Diese Art der technischen Aufstellung gewährleistet es, dass es auch bezüglich der Einordnung als Archäologische Interessengebiete – beispielsweise durch Gründungsarbeiten – zu keinen irreversiblen Schäden kommen wird.

Für die Gemeinde Westerborstel ergibt sich darüberhinaus die Möglichkeit, mit Hilfe eines Bürgersolarparks auch die Bürger der Gemeinden innerhalb des Amtsbereiches Eider zu beteiligen. Hinsichtlich der lokalen Wertschöpfung im Nahbereich besteht somit die Chance, eine gemeindeübergreifende Planung zu initiieren und so eine zunehmende Zersiedlung der Landschaft zu vermeiden.

Zeitnah wird für die betreffenden Flächen der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 4 aufgestellt werden.

Insgesamt stellt der Flächennutzungsplan ein Sonderbaugebiet in einer Größe von ca. 2,7 ha dar.

S. Ergänzung v. ~~29.7.2012~~
31.8.2010

24. Flächen für den Gemeinbedarf

Innerhalb des Gebietes der Gemeinde Westerborstel werden keine Flächen für den Gemeinbedarf dargestellt.

25. Grünflächen

Grünflächen sind im Gemeindegebiet mit Ausnahme des Reitplatzes nicht vorhanden. Eine weitere Grünfläche stellt ein Bolzplatz nördlich des Wohngebiets an der Westerborstelstr. dar, welcher jedoch privat betrieben wird. Dieser Sportplatz weist eine intensiv gepflegte Rasenfläche auf. Von den angrenzenden Knicks abgesehen sind keine weiteren Pflanzungen vorhanden. Der vegetationslose Reitplatz ist durch angrenzende Gehölzbestände (Biotop) landschaftlich eingebunden.

26. Umweltbericht

Verfasser: Dipl.- Geogr. Hans- Hinnerk Maaß; Planungsbüro Mordhorst-Bretschneider GmbH

26.1. Veranlassung / Methodik

Mit der Aufstellung des Flächennutzungsplanes schafft die Gemeinde Westerborstel die planungsrechtlichen Voraussetzungen für künftig beabsichtigte bauliche Entwicklungen und legt in den Grundzügen die Arten der Bodennutzung fest.

Der vorliegende Umweltbericht beschreibt und bewertet die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen der Planung auf der Grundlage der nach § 2 Abs. 4 BauGB für die Belange des Umweltschutzes durchzuführenden Umweltprüfung. Maßgeblich für die Gliederung ist die entsprechende Anlage zum BauGB.

Der Untersuchungsumfang der Umweltprüfung wurde mit der Gemeinde und den beteiligten Behörden im Rahmen einer frühzeitigen Beteiligung ("Scoping") am 7. Januar 2009 abgestimmt. Die Umweltprüfung zur Aufstellung des Flächennutzungsplanes beschränkt sich weitgehend auf vorliegende Informationen. Wesentliche Grundlage ist der 2000 festgestellte Landschaftsplan der Gemeinde (Dipl.-Ing. Ulrich Siller, Kiel). Die Bestandserhebungen (Biotoptypenkartierung, selektive Biotopkartierung, Knickbewertung, Amphibienkartierung) wurden im Sommerhalbjahr 1996 durchgeführt. Um die sich seitdem ergebenden Veränderungen, insbesondere in den Flächennutzungen und bei der Abgrenzung geschützter Flächen (Biotope) zu erfassen, wurde ein Abgleich mit aktuellen Luftbildern aus 2004 / 2006 und eine Überblickskartierung des Gemeindegebietes im September 2009 vorgenommen.

Die das Gemeindegebiet betreffenden Aussagen der überörtlichen Planungsebenen sind unter den Punkten 2 und 16 der Begründung zum Flächennutzungsplan zusammenfassend dargestellt.

Hinsichtlich möglicher Auswirkungen der Planungen auf die Umwelt erfolgt eine Risikoabschätzung und eine Bewertung ihrer voraussichtlichen Erheblichkeit. Detaillierte Darstellungen zu betroffenen Schutzgütern sowie Bilanzierungen von Eingriff und Ausgleich bleiben den Umweltprüfungen im Rahmen konkreter Umsetzungsplanungen (u.a. Bebauungspläne, landschaftspflegerische Begleitpläne) vorbehalten.

Wesentliche Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Umweltinformationen und Hinweise auf erhebliche Kenntnislücken haben sich nicht ergeben.

26.2 Beschreibung des Planvorhabens / Identifizierung von Planungen mit erheblichen Umweltauswirkungen

Der Flächennutzungsplan stellt nach § 5 BauGB die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen dar. Sein Geltungsbereich umfasst das gesamte Gemeindegebiet mit einer Größe von 414 ha.

Im Folgenden werden die Darstellungen des Flächennutzungsplanes nach § 5 Abs. 2 BauGB und nachrichtlichen Übernahmen nach § 5 Abs. 4 BauGB beschrieben und auf Planungen mit voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen überprüft.

26.2.1. Flächen nach Art der baulichen Nutzung

Flächen nach Art der baulichen Nutzung werden für die Ortslage Westerborstel als gemischte Bauflächen (M) mit einer Größe von 6,7 ha, als Wohnbauflächen (W) mit 0,3 ha Größe und als Sondergebiete (SO) mit einer Fläche von 2,7 ha dargestellt. Zusammengenommen sind dies 2,35 % der Gemeindefläche ohne Berücksichtigung der wenigen Einzel- und Streusiedlungen im Außenbereich.

Wohnbauflächen

Wohnbauflächen beschränken sich auf drei Grundstücke im Osten der Ortslage, nördlich der Kreisstraße 42. Sie liegen zwischen der Klaus-Groth-Straße und der Stichstraße Kirchenkoppel innerhalb eines vornehmlich von Einzelhausbebauungen eingenommenen Wohngebietes der geschlossenen Ortslage Tellingstedt. Die verbindliche Bauleitplanung mit der Festsetzung als Allgemeines Wohngebiet (WA) erfolgte mit dem Bebauungsplan Nr.1.

Die Darstellung erfolgt nach dem vorhandenen Bestand. Eingriffe in den Naturhaushalt werden nicht vorbereitet.

Gemischte Bauflächen

Die gemischten Bauflächen umfassen die typische gewachsene Gemengelage eines Dorfes mit Wohnnutzungen, Kleingewerbe und landwirtschaftlichen Betrieben.

In Folge des Strukturwandels in der Landwirtschaft ist innerhalb der Ortslage nur noch ein Milchviehbetrieb im Vollerwerb tätig. Die übrigen Betriebsstellen werden überwiegend allein für Wohnzwecke genutzt. Nicht mit einbezogen in die gemischten Bauflächen wurde aufgrund seines stark emittierenden Charakters ein Bullenmastbetrieb am westlichen Ortsausgang.

Einzelhausgrundstücke modernen Typs auf eher kleinen Grundstücken sind erst mit einzelnen Lückenbebauungen und mit der Umsetzung des Bebauungsplanes Nr. 2 südlich der Tellingstedter Straße hinzugekommen.

Neben dem Bestand (6,0 ha) stellt der Flächennutzungsplan auch einen Bereich dar, der für die Deckung des künftigen Wohnflächenbedarfs in der Gemeinde vorgesehen ist. Es handelt sich um eine rund 0,7 ha große Fläche im Süden der Ortslage, südöstlich des Welmbütteler Weges. Die Planung bereitet Eingriffe vor, die voraussichtlich mit erheblichen Umweltauswirkungen verbunden ist. Eine Risikobewertung erfolgt unter Punkt 26.3.1.

Sondergebiet Photovoltaik-Freiflächenanlagen

Im Bereich westlich der Ortslage sollen mit der Darstellung eines Sondergebietes die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage auf einer bisher ackerbaulich genutzten Fläche geschaffen werden. Die Planung bereitet Eingriffe vor, die voraussichtlich mit erheblichen Umweltauswirkungen verbunden sind. Eine Risikobewertung erfolgt unter Punkt 26.3.2. Hinsichtlich möglicher Standortalternativen wurde eine landschaftsplanerische Stellungnahme erarbeitet, die der Begründung zum Flächennutzungsplan beigelegt ist.

26.2.2 Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge

Als Verkehrsweg mit regionaler Bedeutung quert die Kreisstraße 42 (Tellingstedt – Landesstraße 150 / Süderheistedt) das Gemeindegebiet und die Ortslage in Ost-West-Richtung. Sie stellt auch den örtlichen Hauptverkehrszug dar. Außerhalb des Plangebietes ist im benachbarten Tellingstedt Anschluss an die Bundesstraße 203 (Heide – Rendsburg) gegeben.

Nachrichtlich dargestellt sind die Grenzen der Ortsdurchfahrt und die Grenzen der Anbauverbotszone außerhalb davon.

Planungen für Straßenneu- oder -ausbauten sind nicht vorgesehen. Eingriffe in Umwelt-Schutzgüter werden durch den Flächennutzungsplan daher nicht vorbereitet.

26.2.3 Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen

Die Gemeinde Westerborstel ist an die regionalen Versorgungs- und Entsorgungs-Systeme in den Bereichen Energie (Strom, Gas), Telekommunikation, Wasser (zentrale Wasserversorgung durch den Wasserverband Norderdithmarschen) und Abfall (Abfallwirtschaftsgesellschaft Dithmarschen) angeschlossen.

Zusammen mit dem angrenzenden Siedlungsgebiet der Gemeinde Tellingstedt verfügt die Ortslage Westerborstel über eine zentrale Abwasserentsorgung (Trennkanalisation) mit Anschluss an die mechanisch-vollbiologische Kläranlage in der Gemeinde Tellingstedt. Einzel- und Streusiedlungen im Außenbereich sind mit Hauskläranlagen nach dem geforderten Stand der Technik ausgerüstet.

Die Darstellungen des Flächennutzungsplanes beschränken sich auf den vorhandenen Bestand. Eingriffe in Umwelt-Schutzgüter werden nicht vorbereitet.

26.2.4 Grünflächen

Als bestehende Grünflächen (1,2 ha) sind der Sportplatz im Norden der Ortslage und ein Reitplatz am Welmbütteler Weg südwestlich des für eine Bebauung vorgesehenen Bereiches im Flächennutzungsplan dargestellt. Der privat betriebene Sportplatz wird vom benachbarten Fußballverein MTV Tellingstedt vor allem für das Training seiner Kinder- und Jugendmannschaften genutzt. Er ist mit einer für Trainingszwecke ausreichenden

Flutlichtanlage ausgestattet. Der gemeindeeigene Reitplatz ist an den örtlichen Reitverein verpachtet, steht aber prinzipiell allen Reitern der Gemeinde offen. Eingriffe in Umwelt-Schutzgüter werden durch die Darstellung nicht vorbereitet.

26.2.5 Flächen für die Landwirtschaft und Wald

Flächen für die Landwirtschaft nehmen in der Darstellung des Flächennutzungsplanes mit 383 ha mehr als 90 % des Gemeindegebietes ein, womit der landwirtschaftlich geprägte Charakter der Gemeinde deutlich unterstrichen wird. Dabei handelt es sich um einen Brutto-Wert, der neben den eigentlichen landwirtschaftlichen Nutzflächen auch Gemeindestraßen und Wirtschaftswege, Siedlungen im Außenbereich sowie die zur Feldflur gehörenden Landschaftselemente wie Knicks, Feldhecken, Baumreihen, Gräben, Feldgehölze und Kleingewässer umfasst.

Aktuell sind in der Gemeinde vier Vollerwerbsbetriebe tätig, wovon drei Milchviehwirtschaft betreiben und einer sich auf Bullenmast spezialisiert hat.

Ackerbauliche Nutzungen beschränken sich auf die höher gelegenen Geestanteile im Osten und Süden des Gemeindegebietes. Es wird fast ausschließlich Mais zur Silagegewinnung angebaut. Die Feldflur ist noch durch ein relativ dichtes Knicknetz mit einzelnen Kleingewässern und Feldgehölzen geprägt, auch da eine Flurbereinigung nicht stattgefunden hat. Nur die ehemaligen Kies- und Sandabbauflächen im Nordosten der Gemeinde wurden mit der Rekultivierung teilweise arrondiert. In ökologischer Hinsicht bedeutsam sind einige quellige Flächen in Senken- und Hangbereichen. Sie werden teilweise extensiv als Grünland genutzt und sind bei entsprechender Vegetationsausprägung als Biotop i.S. § 25 Abs. 1 LNatSchG geschützt.

Die Niederungsbereiche im zentralen, westlichen und nordwestlichen Gemeindegebiet unterliegen einer fast ausnahmslos intensiven Grünlandnutzung. Aus Naturschutzsicht bedeutsame Biotoptypen des Feuchtgrünlandes, darunter vor allem das nach § 25 Abs. 1 LNatSchG als Biotop geschützte binsen- und seggenreiche Feucht- und Nassgrünland nehmen nur geringe Flächenanteile ein.

Als für den ländlichen Raum mit Abstand flächenbedeutsamste Nutzungskategorie tritt die Landwirtschaft regelmäßig in Konkurrenz zu anderen Nutzungsansprüchen. Die im Flächennutzungsplan dargestellten Planungen für Siedlungserweiterungen sind nur bei einem gleichzeitigen Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche umsetzbar. Ähnliches gilt aber auch für flächige Maßnahmen des Naturschutzes etwa für Ausgleichszwecke, die regelmäßig zumindest mit Nutzungseinschränkungen verbunden sind.

Wald i.S. § 2 Abs. 1 Landeswaldgesetz (LWaldG) wird im Flächennutzungsplan mit einer Größe von 3,1 ha dargestellt. Dies entspricht einem sehr geringen Waldanteil von nur 0,75 % der Gemeindefläche. Die wenigen Waldflächen beschränken sich auf die Hohe Geest westlich und südwestlich der Ortslage. Es überwiegen relativ naturnahe Laubholzbestände gegenüber einzelnen Nadelwaldparzellen. Eine forstliche Nutzung findet nur sehr eingeschränkt statt.

Bestrebungen, den Waldanteil in der Gemeinde zu erhöhen, bestehen aufgrund des derzeitigen Nutzungsdrucks in der Landwirtschaft nicht. Das Gemeindegebiet war von jeher recht waldarm. Zur Deckung ihres Holzbedarfes besaßen - und besitzen teilweise noch heute - die ansässigen Bauern Anteile an den geschlossenen Waldgebieten der südlich benachbarten Gemarkung Welmbüttel.

Nach § 18 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ist die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung nicht als Eingriff anzusehen, soweit dabei die Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege berücksichtigt werden. Dies gilt auch für die aus dem Landschaftsprogramm abgeleiteten, im Landschaftsrahmenplan konkretisierten Gebiete mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems, die Niederungsflächen im Westen und Nordwesten der Gemeinde umfassen. Soweit die Flächen nicht den Regelungen des LNatSchG, z. B. als geschütztes Biotop i.S. § 25 Abs. 1 unterliegen, sind Nutzungseinschränkungen mit dieser Darstellung nicht verbunden.

26.2.6 Verbandsvorfluter

Nachrichtlich dargestellt sind die vorhandenen Verbandsvorfluter des für das Gemeindegebiet zuständigen Sielverbandes Broklandsau, der dem Eider-Treene-Verband mit Sitz in Pahlen angeschlossen ist. Hauptvorfluter sind die Oberläufe der Österau und des Wierbek, die zum Einzugsgebiet der Broklandsau gehören und das Gemeindegebiet entwässern. Die Gewässer

sind überwiegend den Erfordernissen der Land- und Wasserwirtschaft entsprechend ausgebaut und im Bereich der Hohen Geest abschnittsweise auch verrohrt. Aufgaben und Planungen des Sielverbandes bleiben durch den Flächennutzungsplan unberührt. Eingriffe in Umwelt-Schutzgüter werden nicht vorbereitet.

26.2.7 Archäologische Interessengebiete

Das Gemeindegebiet weist keine in das Denkmalbuch eingetragenen Kulturdenkmale sowie archäologischen Denkmale auf. Seitens des Archäologischen Landesamtes werden aber archäologische Interessengebiete definiert, die mit einer Gesamtfläche von rund 275 ha nachrichtlich im Flächennutzungsplan dargestellt sind. Sie umfassen die höher gelegenen Geestbereiche der Gemeinde, die angrenzend an die Niederungen günstige Siedlungs- und Jagdmöglichkeiten in vorgeschichtlicher Zeit boten. Auch wenn konkrete Fundstellen nicht bekannt sind, ist in diesen Bereichen jederzeit mit Funden zu rechnen. Bei Eingriffen in den Boden, z. B. im Zuge von Baumaßnahmen, ist das Archäologische Landesamt daher in jedem Fall zu beteiligen (s.a. Punkt 26.3.1.3, Abschnitt Kultur- und Sachgüter).

Anzumerken ist, dass die Interessengebiete auch die ausgedehnten, inzwischen wieder rekultivierten, ehemaligen Sand- und Kiesabbauflächen im Nordosten der Gemeinde einschließen, auf denen archäologisch bedeutsame Funde kaum mehr zu erwarten sind.

26.2.8 Schutzgebiete nach dem Naturschutzrecht

Nachrichtlich stellt der Flächennutzungsplan nach § 25 Abs. 1 LNatSchG geschützte Biotope mit einer Gesamtfläche von 11,1 ha dar. Dies entspricht einem Flächenanteil von 2,6 % an der Gemeindefläche. In der Summe enthalten sind auch gesicherte und umgesetzte Ausgleichsflächen, die im Kreiskataster aufgeführt werden (5 Flächen mit zusammen 3,1 ha), sowie eine Fläche (0,4 ha), die für Maßnahmen des Naturschutzes zum Ausgleich für Eingriffe in den Naturhaushalt im Zuge der Umsetzung der Bebauungsplanungen vorgesehen ist (s. Punkt 26.3.1.4).

Grundlage für die Abgrenzung der nach § 25 Abs. 1 LNatSchG geschützten Biotope ist der festgestellte Landschaftsplan der Gemeinde. Da die Bestandserfassungen hierzu aber bis in das Jahr 1996 zurückreichen, wurde ein Flächenabgleich mit aktuellen Luftbildern aus den Jahren 2004 / 2006 durchgeführt und die Darstellung entsprechend angepasst. Einzelne Flächen wurden zudem im September 2009 in der Örtlichkeit überprüft. In der Summe ergibt sich dadurch gegenüber dem Landschaftsplan eine geringfügige Zunahme der Biotopfläche.

Lineare Biotopstrukturen, insbesondere die nach § 25 Abs. 3 LNatSchG ebenfalls geschützten Knicks und Feldhecken sind, um die Übersichtlichkeit zu wahren, im Flächennutzungsplan nicht gesondert dargestellt. Ihr Schutzstatus bleibt davon aber unberührt.

Die Biotopflächen befinden sich über das gesamte Gemeindegebiet verstreut. Größere Biotopkomplexe sind nicht vorhanden. Vorherrschend sind Kleingewässer, teilweise mit umgebenden Gehölzen und Sukzessionsflächen im Bereich der Hohen Geest. Hier befinden sich auch einzelne Brachflächen auf quelligen Standorten. Im Niederungsbereich sind einzelne Reste von Feuchtgrünland vorhanden. Von besonderer Bedeutung ist eine teilweise verbuschte Niedermoorparzelle an der westlichen Gemeindegrenze.

Eingriffe in geschützte Biotope bereitet der Flächennutzungsplan nur im Bereich der geplanten Siedlungserweiterungsflächen vor. Hier sind abschnittsweise Knickbeseitigungen voraussichtlich unvermeidbar (s. Punkt 26.3.1.3, Schutzgut Tier- und Pflanzenwelt).

Außer den gesetzlich geschützten Biotopen weist das Gemeindegebiet keine nach internationalen Übereinkünften oder nationalen Naturschutzkriterien geschützten Gebiete auf.

Unmittelbar südlich des Gemeindegebietes befindet sich das mit der Nr. 1721-301 für das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 gemeldete FFH-Gebiet „Wald bei Welmbüttel“. Das Waldgebiet erfüllt nach dem Landschaftsrahmenplan auch die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 16 LNatSchG als Naturschutzgebiet. Auf 105 ha Fläche kommen dort mehrere unterschiedliche Waldgesellschaften in naturnaher Ausprägung nebeneinander vor.

Beeinträchtigungen, die sich aus den eingriffsvorbereitenden Darstellungen des Flächennutzungsplanes für die Erhaltungsziele des FFH-Gebietes ergeben können, sind nicht erkennbar (s.a. Punkte 2.3.1.3 und 26.3.2.3, Schutzgut Tier- und Pflanzenwelt).

Westlich benachbart zum Gemeindegebiet liegt der geschlossene Biotopkomplex des Welmbütteler Moores. Das Moor ist mit 133 ha Größe als Landschaftsschutzgebiet (Verordnung vom 18. August 1988) ausgewiesen.

In diesem Zusammenhang schlägt der Landschaftsplan eine Ausweitung des Landschaftsschutzgebietes auf die Niederungsflächen und angrenzenden Geesthänge im westlichen Gemeindegebiet von Westerborstel vor (ca. 46 ha). Entsprechende Planungen bestehen auf Kreisebene aber nicht und auch der Landschaftsrahmenplan (Gesamtfortschreibung 2005) stellt eine entsprechende Erweiterungsfläche („Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach dem Landesnaturschutzgesetz als Landschaftsschutzgebiet erfüllt“) nicht dar.

Der Welmbütteler Wald und das Welmbütteler Moor sind Kerngebiete des mit der Nr. 185 im Landschaftsrahmenplan aufgeführten Schwerpunktbereiches „Niederungen der oberen Broklandsau und ihrer Zuflüsse“ des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems. Er umfasst auch Niederungsanteile im Westen und Nordwesten des Gemeindegebietes.

Das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem stellt keine eigene Schutzkategorie dar. Aus den Darstellungen des Flächennutzungsplanes ergeben sich keine Einschränkungen für die angestrebte Entwicklung.

26.2.9 Hinweise auf nicht dargestellte Nutzungen

Flächen für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen

Im Regionalplan für den Planungsraum IV (Fortschreibung 2005) sind die Geestbereiche im Osten des Gemeindegebietes, beidseitig der Kreisstraße 42 als „Gebiet mit besonderer Bedeutung für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ gekennzeichnet.

Die aus Schmelzwasserablagerungen der vorletzten Eiszeit aufgebauten Sand- und Kiesvorkommen im Gemeindegebiet sind aber als weitgehend erschöpft bzw. nicht lohnend zu bewerten. Bis in die 1970er Jahre erfolgte im nordöstlichen Gemeindeteil ein gewerblicher Abbau von Sand und Kies. Die Flächen wurden anschließend rekultiviert und werden seitdem wieder landwirtschaftlich, meist als Acker genutzt. Sondierungen im Bereich südlich der Kreisstraße 42 ergaben keine Vorkommen in wirtschaftlich gewinnbaren Mengen und Qualitäten.

Vor diesem Hintergrund sieht die Gemeinde keine Notwendigkeit zur Darstellung von Flächen für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen im Flächennutzungsplan. Sie steht Abbauvorhaben aber nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber.

26.3 Auswirkungen auf die Umwelt durch Umsetzung der Planungen

Darstellungen des Flächennutzungsplanes, die Eingriffe in Umwelt-Schutzgüter vorbereiten beschränken sich auf die Flächen nach Art der baulichen Nutzung gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB. Sie umfassen eine gemischte Bauflächen (M), die für Siedlungserweiterungen im engeren Sinne vorgesehen ist und das Sondergebiet (SO), das die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage planerisch vorbereitet.

26.3.1 Gemischte Bauflächen

Der Flächennutzungsplan sieht die folgende Fläche für Siedlungserweiterungen vor:

- Eine gemischte Baufläche mit ca. 0,7 ha Größe südöstlich angrenzend an den Welmbütteler Weg, südlich anschließend an die Ortslage.

Hier soll zunächst mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 3 im Südwesten des Gebietes die innerörtliche Umsiedlung eines kleinen ortsansässigen Gewerbebetriebes (Ingenieurbüro für Infrarot-Thermographie), der seine Betriebsfläche vergrößern möchte, planungsrechtlich gesichert werden. Die verbleibenden, nordöstlich angrenzenden Flächenanteile sind dann, nach Inkrafttreten des neuen Landesentwicklungsplanes, zur Deckung des örtlichen Wohnbedarfes vorgesehen.

Bisher erfolgt eine landwirtschaftliche Nutzung als Grünland. Die zwei nördlich angrenzenden, ebenfalls noch südlich des Vorfluters gelegenen Grundstücke (0,2 ha) werden dem Bestand zugerechnet (Gärten). Für sie ist eine bauliche Nutzung nicht vorgesehen und aufgrund der Standortbedingungen angrenzend an den Bachlauf auch kaum realisierbar.

26.3.1.1 Aussagen übergeordneter Planungen und des Landschaftsplanes

Landschaftsprogramm

Im dreistufigen räumlichen Zielkonzept des Landschaftsprogrammes (1999) ist der für die Siedlungserweiterung überplante Bereiche dem "Raum für eine überwiegend naturverträgliche Nutzung" zugeordnet. Zielsetzung ist die Sicherung und Entwicklung von Landschaftsräumen mit besonderen standörtlichen Voraussetzungen. Angestrebt wird eine Kooperation von Naturschutz und Nutzungsansprüchen, die Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes vermeidet oder zumindest stark minimiert.

Grundlage für die Einstufung sind die Darstellung des Gemeindegebietes als "Gebiet mit besonderer Bedeutung für die Bewahrung der Landschaft, ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie als Erholungsraum" sowie die Lage im geplanten Wasserschutzgebiet für das Wasserwerk Linden.

Hinsichtlich des geplanten Wasserschutzgebietes ist die Darstellung als veraltet anzusehen. Nach der endgültigen Abgrenzung liegt das Gemeindegebiet außerhalb der Schutzgebietsgrenzen. Zur Bedeutung der Flächen für die Erholung erfolgt unter Punkt 26.3.1.3 (Schutzgut Mensch) eine erste Risikoabschätzung (s.a. Landschaftsrahmenplan).

Landschaftsrahmenplan

Der Landschaftsrahmenplan für die Kreise Dithmarschen und Steinburg (Gesamtfortschreibung Januar 2005) stellt als Übernahme aus dem Landschaftsprogramm das gesamte Gemeindegebiet einschließlich der Ortslage als "Gebiet mit besonderer Erholungseignung" dar. Außerdem befindet sich die Ortslage im nordwestlichen Randbereich eines großräumigen Geestgebietes, das u.a. aufgrund des noch erhaltenen Knicknetzes als historische Kulturlandschaft und struktureicher Kulturlandschaftsausschnitt gekennzeichnet ist.

Unmittelbare Einschränkungen für die überplante Fläche ergeben sich aus den Darstellungen nicht. Im Zuge der verbindlichen Bauleitplanungen ist aber besonderes Augenmerk auf eine sorgfältige landschaftliche Einbindung der Eingriffsflächen unter Erhalt und Neuschaffung von Grünstrukturen (z. B. Knicks) zu legen. Eine erste Risikoeinschätzung erfolgt unter Punkt 26.3.1.3, Abschnitte „Schutzgut Mensch“ und „Schutzgut Landschaftsbild“.

Landschaftsplan

Der im Jahr 2000 festgestellte Landschaftsplan (Dipl.-Ing. Ulrich Siller, Kiel) enthält eine Beschreibung und Bewertung potenzieller Bauflächen vorzugsweise für wohnbauliche Entwicklungen, zu denen auch der im Flächennutzungsplan zusätzlich zum Bestand dargestellte Bereich südöstlich des Welmbütteler Weges gehört. Für die Flächen erfolgt ein Priorisieren aus landschaftsplanerischer Sicht. Danach wird die Fläche am Welmbütteler Weg (im Landschaftsplan Fläche W6) als weniger gut geeignet für eine Bebauung bewertet. Sie bietet aufgrund der vorhandenen Erschließungsmöglichkeiten prinzipiell zwar günstige Voraussetzungen für eine bauliche Entwicklung, es kommt aber zu einer Ausdehnung der Bebauung in die freie Landschaft, die andere Flächen / größere Baulücken innerhalb der Ortslage und in unmittelbarem Anschluss daran insgesamt geeigneter erscheinen lassen. Ein weiterer Konfliktpunkt, der mit dem notwendigen Immissionsschutz in der Nachbarschaft zu einem landwirtschaftlichen Betrieb aufgezeigt wird, ist aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Betriebsaufgabe und nunmehr ausschließlichen Wohnnutzung aber nicht mehr gegeben.

Die Entscheidung der Gemeinde, für die weitere bauliche Entwicklung zunächst die Fläche südöstlich des Welmbütteler Weges in Anspruch zu nehmen, steht nicht im Widerspruch zu den Aussagen des Landschaftsplanes, zumal er eine Bebauung in diesem Bereich nicht kategorisch ausschließt. In Anbetracht zwischenzeitlich umgesetzter Bebauungen und mangelnder Alternativen auf mit höherer Priorität bewerteten Flächen (vgl. Punkt 26.3.1.2), findet lediglich eine Neufestlegung in der Reihenfolge gemeindlicher Bebauungsplanungen statt. Die Darstellung im Flächennutzungsplan beschränkt sich außerdem auf den im Planungszeitraum absehbaren Bedarf und bleibt flächenmäßig deutlich hinter dem im Landschaftsplan bewerteten Flächenumfang zurück.

Im Landschaftsplan mit Bezug auf die Baufläche stichwortartig genannte weitere Risiken vor allem für das Landschaftsbild und angrenzende Grünstrukturen (Knick) werden im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanungen durch grünordnerische Begleitplanungen berücksichtigt.

Altlasten

Für das Gemeindegebiet ist 1 Altlastenstandort südlich der Ortslage bekannt. Der Standort ist im Altlastenkataster des Kreises Dithmarschen dokumentiert. Ein vorhandenes Meßrohr wird periodisch beprobt, um mögliche Gefahren für das Grundwasser abschätzen zu können.

Standort 121

Im Bereich des Altlastenstandortes (Flur 2, Flurstück 42) wurden im Zeitraum 1950-1975 ca. 5.100 m³ Haus- und Sperrmüll abgelagert. Heute werden Teilbereiche der Fläche landwirtschaftlich genutzt.

Weitere Ablagerungen sind für einen Standort nördlich der Biotope 7/8 bekannt. Angaben über Mengen und Art der Ablagerungen liegen nicht vor. Im Altlastenkataster des Kreises ist diese Fläche nicht erfasst.

Bewertung

Die vorhandenen Altlasten stellen derzeit keine akute Gefährdung für das Grundwassers dar. Es kann davon ausgegangen werden, dass sobald die Messergebnisse der Kontrollbrunnen eine Gefährdung befürchten lassen, vom Kreis Dithmarschen eine Sanierung eingeleitet wird. Auch wenn die Altablagerungen mit einer Oberbodenschicht abgedeckt sind, so sollte doch auf eine landwirtschaftliche Nutzung der Flächen verzichtet werden.

26.3.1.2 Alternative Planungsmöglichkeiten

Flächenalternativen zu den überplanten Bereichen zeigt der Landschaftsplan (s.o.) auf, der eine Bewertung potenzieller Siedlungserweiterungsflächen enthält. Untersucht hinsichtlich ihrer Eignung für eine wohnbauliche Entwicklung wurden insgesamt sechs Flächen innerhalb und angrenzend an die Ortslage:

- Fläche W1 nördlich der Tellingstedter Straße am westlichen Ortsrand (in den Flächennutzungsplan nicht übernommen)
- Fläche W2 nördlich der Tellingstedter Straße, südöstlich des Sportplatzes (in den Flächennutzungsplan nicht übernommen)
- Fläche W3 nördlich der Tellingstedter Straße, an der Grenze zur Gemeinde Tellingstedt (in den Flächennutzungsplan als Bestand übernommen)
- Fläche W4 südlich der Tellingstedter Straße (in den Flächennutzungsplan als Bestand übernommen)
- Fläche W5 nordwestlich des Welmbütteler Weges (in den Flächennutzungsplan nicht übernommen)
- Fläche W6 südöstlich des Welmbütteler Weges (in den Flächennutzungsplan anteilig übernommen)

Zwischenzeitlich umgesetzt wurde eine Bebauung auf den Flächen W3 (ein Baugrundstück) und W4 (Bebauungsplan Nr. 2).

Für die Fläche W1 ist eine wohnbauliche Entwicklung aus landschaftsplanerischer Sicht vertretbar, aufgrund der Nachbarschaft zu einem südlich angrenzenden Bullenmastbetrieb aus immissionsschutzrechtlichen Gründen in absehbarer Zeit aber nicht umsetzbar.

Die Fläche W5 nordwestlich / westlich der bestehenden Bebauung am Welmbütteler Weg weist von allen untersuchten Flächen die größte Entfernung zur bestehenden Ortslage auf. Seitens der unteren Naturschutzbehörde des Kreises wurde deshalb zum Zeitpunkt der Beschlussfassung des Landschaftsplanes eine Bebauung der Fläche abgelehnt. Gegenüber der Fläche W6 sind auch in ökologischer Hinsicht keine Vorteile erkennbar.

Für die in zentraler Ortslage befindliche Fläche W2 ist eine Bebauung unter städtebaulichen und naturschutzfachlichen Gesichtspunkten weitgehend unproblematisch. Insoweit bietet sie Vorteile gegenüber der Fläche W6, die den Siedlungsbereich stärker in die freie Landschaft hinein ausdehnt. Da die Fläche W2 aber kurz- bis mittelfristig nicht verfügbar ist, wird von der Gemeinde zunächst die Entwicklung der Fläche W6 priorisiert.

Die verbleibende Fläche W6 wurde flächenmäßig konkretisiert und hinsichtlich des absehbaren örtlichen Bedarfs auf ein realistisches Maß reduziert in den Flächennutzungsplan übernommen. Die Darstellung im Flächennutzungsplan beschränkt sich dabei auf einen Bereich, der eine einreihige Bebauung südöstlich angrenzend an den Welmbütteler Weg zulässt. Die im Landschaftsplan ebenfalls unter W6 betrachteten, naturschutzfachlich ähnlich zu bewertenden Flächenanteile südlich davon, werden aufgrund der größeren Entfernung zur Ortslage nicht berücksichtigt.

Für die überplanten Bereiche selbst bestehen sinnvolle Planungsalternativen nur in der weiteren landwirtschaftlichen Nutzung. Für anderweitige Nutzungen, z. B. als öffentliche Grünflächen, besteht kein Bedarf.

26.3.1.3 Auswirkungen auf Schutzgüter / Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung

Schutzgut Mensch

Für die Baufläche ist vor allem eine wohnbauliche Nutzung mit offener Einzelhausbebauung vorgesehen, die sich in ihrer Struktur den angrenzenden Siedlungsbereichen anpasst. Dies gilt auch für die geplante Gewerbeansiedlung im Südwesten der überplanten Fläche. Es handelt sich um einen nicht emittierenden Betrieb mit Wohnnutzung und angegliederten Lagermöglichkeiten. Insoweit wird für die Wohnbevölkerung der vorhandene Siedlungscharakter nicht / kaum verändert.

Die Erschließung neuer Siedlungsflächen bedeutet auch zusätzliche Kraftfahrzeugverkehre, die durch Emissionen (Lärm, Abgase) die Wohnqualität in der Umgebung beeinträchtigen können. Während der Bauphase ist zudem mit Beeinträchtigungen durch Lärm und Staub zu rechnen.

Die äußere Erschließung ist durch den angrenzenden, als asphaltierten Wirtschaftsweg ausgebauten Welmbütteler Weg gesichert. Für das gering einzuschätzende zusätzliche Verkehrsaufkommen auch durch den Gewerbebetrieb ist er ausreichend dimensioniert. Regelmäßige Lkw-Verkehre werden nicht generiert. Für die fußläufige Anbindung an die Ortslage ist die Herstellung eines kombinierten Fuß- / Radweges geplant.

Die baubedingten Auswirkungen sind unvermeidbar. Da die zeitlich begrenzte Bautätigkeit aber auf die üblichen werktäglichen Tageszeiten beschränkt bleibt, können unzumutbare Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden.

Die Erschließung durch Ver- und Entsorgungsleitungen kann vom bestehenden örtlichen Leitungsnetz aus gewährleistet werden.

Der überplante Bereich besitzt keine erkennbare Bedeutung für die Erholung. Er ist als landwirtschaftliche Nutzfläche öffentlich nicht zugänglich.

Den Umgebungsbereichen der Ortslage kommt aber eine vor allem lokale Funktion für die Naherholung der Wohnbevölkerung zu. In diesem Zusammenhang besitzt der Welmbütteler Weg eine Verbindungsfunktion für Fußgänger und Radfahrer in die freie Landschaft. Erhebliche Beeinträchtigungen der Erholungseignung können aber ausgeschlossen werden, auch da eine Eingrünung gewährleistet werden kann.

Insgesamt sind durch das bauliche Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch zu erwarten.

Schutzgut Tier- und Pflanzenwelt

Die überplante Fläche wird von einer intensiv landwirtschaftlich genutzten Grünlandfläche eingenommen, die nur eine geringe Bedeutung als Lebensraum aufweist.

Eine besondere Bedeutung kommt aber den teilweise angrenzenden Knicks mit Gehölzbeständen zu. Sie sind überwiegend als von durchschnittlicher ökologischer Wertigkeit anzusprechen. Unvermeidbare Eingriffe erfordern Ausnahmegenehmigungen nach § 25 Abs. 2 LNatSchG durch die untere Naturschutzbehörde des Kreises sowie entsprechende Ausgleichsmaßnahmen.

Zur Herstellung des Fußweges sind Eingriffe in den straßenbegleitenden Knick vorgesehen. Sie beschränken sich aber auf die Beseitigung / Verschiebung weitgehend gehölzloser Abschnitte. Zwei mächtige, ortsbildprägende Eichen-Überhälter im nordöstlichen Abschnitt und eine Redderstruktur im Südwesten bleiben erhalten. Der notwendige Ausgleich kann durch die Herstellung eines Knicks an der Südostgrenze des künftigen Baugebietes geleistet werden.

Vorkommen streng geschützter Arten i. S. § 10 Abs. 2 Nr. 11 BNatSchG sowie seltene / gefährdete Vertreter der besonders geschützten Arten sind ebenso wie Artenschutzbelange (§ 42 BNatSchG) nach gegenwärtigem Kenntnisstand in den Plangebiet und angrenzenden Bereichen nicht betroffen. Auch können Auswirkungen auf internationale Schutzgebiete, insbesondere gemeldete Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach Art. 4 Abs. 2 FFH-Richtlinie und europäische Vogelschutzgebiete ausgeschlossen werden. Das am nächsten gelegene Gebiet „Wald bei Welmbüttel“ (FFH-Gebiets-Nr. 1721-301) befindet sich in über 1,5 km Entfernung.

Ebenso sind Gebiete der nationalen Schutzkategorien der Nationalparke, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und geschützten Landschaftsbestandteile in der Umgebung der Ortslage nicht vorhanden.

Schutzgüter Geologie, Boden und Wasser

Die Siedlungserweiterungsfläche liegt im Bereich der Dithmarscher Geest. Die Standortverhältnisse sind von eiszeitlichen Ablagerungen aus Moränenmaterial geprägt.

Nach der Bodenkarte im Maßstab 1 : 25.000 (Blatt 1721 Tellingstedt) wird die Fläche von einem podsolierten Gley (Grundwasserboden) aus Sand über Lehm eingenommen. Dieser Bodentyp ist im Naturraum allgemein verbreitet. Ihm kommt daher, auch aufgrund der zumindest jahreszeitlich tieferen Grundwasserstände, keine besondere Bedeutung für den Naturschutz zu.

Altlasten und altlastenverdächtige Flächen sind für das geplante Baugebiet und die angrenzenden Bereiche nach dem bei der unteren Bodenschutzbehörde des Kreises geführten Kataster nicht bekannt.

Offene Gewässer sind durch die Planung nicht betroffen. Auswirkungen auf den nördlich der Fläche verlaufenden Bachlauf (Vorfluter 6514 des Sielverbandes Broklandsau) sind nicht erkennbar.

Das Planvorhaben bereitet die Versiegelung von Grundflächen und damit einen Verlust von Bodenfunktionen vor. Gleichzeitig wird damit auch die Versickerung von Niederschlagswasser eingeschränkt und der oberflächliche Abfluss erhöht.

Die Bodenverhältnisse lassen die Versickerung anfallenden unbelasteten Oberflächenwassers aus der Entwässerung der Grundstücke und Erschließungsflächen aufgrund der jahreszeitlich höheren Grundwasserstände wahrscheinlich nur eingeschränkt zu. Inwieweit hier eine Regenrückhaltung erforderlich wird, ist zum jetzigen Planungsstand noch nicht abschließend geklärt.

Die Auswirkungen auf das Schutzgut Boden sind insgesamt als erheblich zu bewerten und erfordern Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Die Eingriffe in den Wasserhaushalt können durch die Vermeidung der Versiegelung von Nebenanlagen weitgehend minimiert werden.

Schutzgüter Klima und Luft

Durch die vorgesehene Bebauung sind lediglich auf die Eingriffsbereiche begrenzte, geringfügige Änderungen des Lokalklimas zu erwarten. Erhebliche klimatische Effekte in den Umgebungsbereichen können ausgeschlossen werden, auch da aufgrund der Reliefsituation keine Funktion als Kaltluftentstehungsgebiet besteht und die Bedeutung für den örtlichen Luftmassenaustausch gering ist.

Die Entstehung von Baugebieten vor allem für Wohnnutzungen ist im Allgemeinen mit der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern, d. h. mit der Entwicklung von dauerhafter Vegetation verbunden. Diese übernimmt auch eine klimatische Ausgleichsfunktion und filtert Luftschadstoffe, so dass zusätzliche Maßnahmen zur Eingriffsminimierung unter klimatischen und lufthygienischen Gesichtspunkten nicht erforderlich sind.

Schutzgut Landschaftsbild / Ortsbild

Die Fläche am Welmbütteler Weg leitet von der Ortslage in die freie Landschaft über. Der Kulturlandschaftsausschnitt westlich und südlich der Ortslage ist durch ein relativ dichtes Knicknetz, einzelne Feldgehölze und Gewässer gegliedert. Auch durch das leicht bewegte Relief, einzelne Grünlandflächen und Übergänge zu angrenzenden Niederungsbereichen wird er als landschaftstypisch und naturnah empfunden. Eine Vorbelastung stellt aber die verbreitete intensive Ackernutzung mit vorherrschend Maisanbau dar. Eine weitere Vorbelastung ist im Bereich des überplanten Areals durch nördlich und südöstlich / östlich angrenzende Siedlungselemente gegeben.

Insgesamt ist eine besondere Empfindlichkeit des überplanten Bereiches in Bezug auf das Landschafts- und Ortsbild nicht gegeben bzw. die Auswirkungen auf die Umgebung können durch den Erhalt wertgebender begrenzender Grünstrukturen und zusätzliche Eingrünungsmaßnahmen weitgehend minimiert werden.

Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Für die künftige Baufläche sind keine Vorkommen von Kulturdenkmalen und sonstigen Sachgütern bekannt. Die Fläche liegen aber in einem Bereich, der als archäologisches Interessengebiet anzusprechen ist (s.a. Punkt 26.2.7). Daher ist das zuständige Archäologische Landesamt im Vorfeld konkreter Baumaßnahmen zu beteiligen.

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Es sind keine relevanten, über die bereits beschriebenen Auswirkungen hinausgehenden Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern erkennbar.

26.3.1.4 Maßnahmen zur Kompensation erheblicher Umweltauswirkungen

Die genaue Bilanzierung der Eingriffe in den Naturhaushalt und der erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erfolgt in den Umweltberichten bzw. landschaftsökologischen Fachbeiträgen zu den verbindlichen Bauleitplanungen.

Unvermeidbare Eingriffe in Grünstrukturen (Knicks) können weitgehend innerhalb oder unmittelbar benachbart zum Eingriffsgebiet ausgeglichen werden. Neu herzustellende Knickabschnitte, Feldhecken und Baumreihen leisten dabei auch für die landschaftliche Einbindung des Baugebietes einen wesentlichen Beitrag.

Für den Eingriff in das Schutzgut Boden durch Versiegelungen wird der Ausgleich außerhalb der Geltungsbereiche der Bebauungspläne von der Gemeinde bereitgestellt. Hierfür steht ein Flächenanteil von 4.000 m² an der westlichen Gemeindegrenze auf einem Niedermoorstandort zur Verfügung. Auf der insgesamt ca. 1,2 ha großen Fläche wurde u.a. bereits der Ausgleich für den Bebauungsplan Nr. 2 erbracht.

Die Fläche wurde auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der unteren Naturschutzbehörde des Kreises bereits vollständig aus der Nutzung genommen. Im Flächennutzungsplan ist sie daher bereits als geschützter Biotop i.S. § 25 Abs. 1 LNatSchG dargestellt. Entwicklungsziel ist eine artenreiche Feuchtbrache auf einem wiedervernässten Standort. In der Nachbarschaft zu einer nördlich angrenzenden Moorparzelle und vor dem Hintergrund der Lagebeziehungen zum östlich benachbarten Welmbütteler Moor trägt die Maßnahme zur Umsetzung des Konzeptes für ein landesweites Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems bei.

26.3.2 Sondergebiet Photovoltaik-Freiflächenanlagen

In der Gemeinde ist die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage geplant, die als „Bürger-Solarpark“ betrieben werden soll. Im Flächennutzungsplan ist hierfür westlich der Ortslage eine 2,7 ha große, bisher als Acker bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche vorgesehen, die als Sondergebiet mit entsprechender Zweckbestimmung dargestellt wird.

Nach derzeitigem Planungsstand sind starre, nach Süden ausgerichtete und geneigte Modulträger (Höhe max. 3 m) vorgesehen, die, auf Pfahlkonstruktionen gegründet, in Reihen montiert werden. Zwischen den Reihen wird ein Abstand von mehreren Metern eingehalten, um eine gegenseitige Verschattung zu vermeiden. Der Abstand der Modultische zum Boden (ca. 1 m) gewährleistet eine Beweidung des Untergrundes z.B. mit Schafen.

Die genaue Ausgestaltung des Solarfeldes bleibt der konkreten Projektplanung und der verbindlichen Bauleitplanung mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 4 und dem zugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplan vorbehalten. Die Umsetzung soll in 2010 erfolgen.

26.3.2.1 Planerische Vorgaben und deren Berücksichtigung

Landschaftsprogramm

Im dreistufigen räumlichen Zielkonzept des Landschaftsprogrammes (1999) ist der als Sondergebiet überplante Bereich dem „Raum für eine überwiegend naturverträgliche Nutzung“ zugeordnet. Zielsetzung ist die Sicherung und Entwicklung von Landschaftsräumen mit besonderen standörtlichen Voraussetzungen. Angestrebt wird eine Kooperation von Naturschutz und Nutzungsansprüchen, die Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes vermeidet oder zumindest stark minimiert.

Grundlage für die Einstufung sind die Darstellung des Gemeindegebietes als „Gebiet mit besonderer Bedeutung für die Bewahrung der Landschaft, ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie als Erholungsraum“ sowie die Lage im geplanten Wasserschutzgebiet für das Wasserwerk Linden.

Hinsichtlich des geplanten Wasserschutzgebietes ist die Darstellung als veraltet anzusehen. Nach der endgültigen Abgrenzung liegt das Gemeindegebiet außerhalb der Schutzgebietsgrenzen. Zur Bedeutung der Flächen für die Erholung erfolgt unter Punkt 26.3.2.3 (Schutzgut Mensch) eine erste Risikoabschätzung (s.a. Landschaftsrahmenplan).

Landschaftsrahmenplan

Der Landschaftsrahmenplan für die Kreise Dithmarschen und Steinburg (Gesamtfortschreibung Januar 2005) stellt als Übernahme aus dem Landschaftsprogramm das gesamte Gemeindegebiet einschließlich der Ortslage als „Gebiet mit besonderer Erholungseignung“ dar. Außerdem befindet sich die überplante Fläche im nordwestlichen Randbereich eines großräumigen Geestgebietes, das u.a. aufgrund des noch erhaltenen Knicknetzes als historische Kulturlandschaft und struktureicher Kulturlandschaftsausschnitt gekennzeichnet ist. Unmittelbare Einschränkungen für die überplante Fläche ergeben sich aus den Darstellungen nicht. Im Zuge der verbindlichen Bauleitplanung ist aber besonderer Augenmerk auf eine sorgfältige landschaftliche Einbindung der Eingriffsfläche unter Erhalt und Neuschaffung von Grünstrukturen zu legen. Eine erste Risikoeinschätzung erfolgt unter Punkt 26.3.2.3, Abschnitte „Schutzgut Mensch“ und „Schutzgut Landschaftsbild“.

Landschaftsplan

Der im Jahr 2000 festgestellte Landschaftsplan (Dipl.-Ing. Ulrich Siller, Kiel) gibt keine Hinweise mit Bezug zum Vorhaben, da dieses zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht absehbar war. Hinsichtlich der Nutzung regenerativer Energien wird lediglich die Windenergienutzung behandelt, für die im Gemeindegebiet nach den landesplanerischen Zielen und Grundsätzen des Regionalplanes aber die planungsrechtlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Im Bestandteil ist das Plangebiet als Acker dargestellt. Auch die angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzflächen wurden entsprechend ihrer noch heute aktuellen Bewirtschaftung als Acker bzw. Grünland erfasst.

Die sich durch das Vorhaben ergebenden Abweichungen von den Darstellungen des Landschaftsplanes werden durch einen landschaftsökologischen Fachbeitrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 4 berücksichtigt. Ein Erfordernis zur Anpassung des Landschaftsplanes wird nicht gesehen.

Grundsätze zur Planung von großflächigen Photovoltaikanlagen im Außenbereich

In dem gemeinsamen Beratungserlass von zuständigen Landesministerien und der Staatskanzlei vom 5. Juli 2006 werden Hinweise und Hilfestellungen für die gemeindliche Bauleitplanung von Photovoltaikanlagen auf Freiflächen im Außenbereich und zur naturschutzfachlichen und –rechtlichen Beurteilung gegeben. Außerdem erläutert er die energierechtlichen Rahmenbedingungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) in der Fassung vom 22. Dezember 2003, die insbesondere an die Standorte für solche Anlagen gestellt werden.

Nach den in diesem Bericht dargestellten Ergebnissen einer ersten Risikoabschätzung ist festzustellen, dass öffentliche Belange aus dem Bereich der Umwelt-Schutzgüter durch das Vorhaben voraussichtlich nicht erheblich beeinträchtigt werden. Nähere Erläuterungen hierzu enthalten die Bewertungen unter Punkt 26.3.2.3.

Auch übergeordnete Ziele und Grundsätze der Raumordnung / Landesplanung stehen dem Vorhaben nicht entgegen. Ebenso sind die Anforderungen des EEG an den Standort erfüllt. Eine Prüfung möglicher Standortalternativen erfolgt unter dem folgenden Punkt 26.3.2.2.

Im Zuge der verbindlichen Bebauungsplanung berücksichtigt werden die ergänzenden Hinweise des Beratungserlasses zur Eingriffs- / Ausgleichsregelung (s.a. Punkt 26.3.2.4).

26.3.2.2 Alternative Planungsmöglichkeiten

Die Standortentscheidung für das Vorhaben wird in einer landschaftsplanerischen Stellungnahme zur Standortauswahl für eine Photovoltaik-Freiflächenanlage begründet. In ihrem methodischen Aufbau orientiert sich die Stellungnahme an dem im Dezember 2009 vom Fachdienst Bau und Regionalentwicklung des Kreises Dithmarschen herausgegebenen Konzept zur Standortfindung für PV-Freiflächenanlagen. Das Konzept greift die rechtlichen und raumordnerischen Grundlagen auf und gibt anhand von Planungsleitensätzen, einem daraus abgeleiteten Planungsleitfaden mit Prüfraster und einer Suchraumkarte Hinweise / Hilfestellungen zur Standorteingrenzung und Umsetzung in der Bauleitplanung. Damit soll vor dem Hintergrund einer Vielzahl von Planungen für großflächige PV-Anlagen einer ungeordneten Entwicklung / Zersiedelung im Kreisgebiet entgegengewirkt werden.

Bevorzugte Standorte für großflächige Photovoltaikanlagen sind nach den Empfehlungen des Beratungserlasses (s. Punkt 26.3.2.1) und des Kreiskonzeptes vor allem Standorte im besiedelten Raum, wie große Dächer von Gewerbebauten, Siedlungsbrachen, versiegelte Flächen, Altlasten und Einrichtungen des Lärmschutzes. Entsprechend geeignete Flächen stehen in der Gemeinde Westerborstel für das Vorhaben nicht zur Verfügung.

Auch im Außenbereich sind geeignete bereits versiegelte oder durch ehemalige bauliche Nutzung vorbelastete Flächen sowie Altlastenstandorte nicht vorhanden. Nach den Vorgaben des § 11 Abs. 3 und 4 EEG hinsichtlich der Verpflichtung des Netzbetreibers zur Zahlung einer Einspeisevergütung für großflächige Photovoltaikanlagen im Außenbereich verbleiben damit als mögliche Standorte nur Flächen, die in den letzten drei Jahren vor Aufstellung eines Bebauungsplanes einer ackerbaulichen Nutzung unterlagen.

Zur weiteren Standorteingrenzung wurde eine „Weißflächenkartierung“ des Gemeindegebietes vorgenommen, die Flächen mit höherrangigen öffentlichen Belangen (u.a. Schutzgebiete mit Pufferzonen) und nach gutachtlichen Kriterien bestimmte Bereiche von der weiteren Planung ausschließt.

Teilweise standorteingrenzend berücksichtigt wurde die Lage der Gemeinde in einem Gebiet, das im Landschaftsrahmenplan als historische Kulturlandschaft / Knicklandschaft bewertet wird.

Nach dem Kreiskonzept ist dies auch aufgrund der besonderen Bedeutung solcher Gebiete für die landschaftsgebundene Erholung ein Ausschlusskriterium, allerdings mit der Möglichkeit zur räumlichen Feinsteuerung. Kritisch zu bewerten sind vor allem von Ortslagen abgesetzte Standorte, auf denen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und der Erholungseignung schwerer wiegen als in durch Siedlungselemente vorbelasteten Bereichen. Die in der Weißflächenkarte aufgezeigten potenziellen Standorte im ortsfernen, südöstlichen Gemeindegebiet werden daher nicht weiter betrachtet.

In einem nächsten Prüfungsschritt wurden sieben verbliebene, ackerbaulich genutzte „Weißflächen“ im näheren Umfeld der Ortslage Westerborstel als mögliche Standorte für eine PV-Freiflächenanlage vergleichend bewertet. Besonderes Gewicht wurde dabei auf eine geringe Beeinträchtigung des Landschafts- und Ortsbildes gelegt. Vor allem Standorte in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohngrundstücken lassen Akzeptanzprobleme erwarten, wenn direkte Sichtbeziehungen nicht ausgeschlossen werden können.

Im Ergebnis wurden zwei Standortbereiche, nördlich des Sportplatzes auf durch Sand- und Kiesabbau vorbelasteten, rekultivierten Flächen und südwestlich der Ortslage (gewählter Standort) als vergleichbar geeignet eingeschätzt. Demgegenüber weisen die übrigen fünf Standortbereiche Defizite vor allem in den Möglichkeiten zur landschaftlichen Einbindung, im Flächenzuschnitt durch Beschattungswirkungen und durch fehlende Erweiterungsmöglichkeiten auf.

Die Entscheidung für den gewählten Standort ist wesentlich auch in der Flächenverfügbarkeit begründet. Weiter bestehen über eine bestehende Zuwegung gute Erschließungsmöglichkeiten und auch ein Konzentrationspotenzial i.S. möglicher Erweiterungen des Solarparks ist gegeben.

Für das vorgesehene Sondergebiet selbst, ist als Alternative nur die weitere landwirtschaftliche Nutzung zu sehen („Nullvariante“). Eine bauliche Entwicklung z.B. zu Gewerbe- oder Wohnzwecken kommt aufgrund der Lage im Außenbereich nicht in Frage.

26.3.2.3 Auswirkungen auf Schutzgüter / Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung

Schutzgut Mensch

Durch das Vorhaben ist keine erhebliche Beeinträchtigung der Wohnqualität in der östlich benachbarten Ortslage zu erwarten.

Die überplante Ackerfläche befindet sich im äußersten westlichen Randbereich der Ortslage. Die Entfernung zu dem am nächsten gelegenen Wohngebäude am Welmbütteler Weg beträgt mehr als 150 m.

Während der Bauphase ist vor allem mit Lärm- und Staubemissionen auch durch die Anlieferverkehre mit Lkw zu rechnen. Die Auswirkungen sind unvermeidbar, aber zeitlich eng begrenzt und auf die üblichen werktäglichen Tageszeiten beschränkt.

Nach Fertigstellung verläuft der Betrieb des Solarfeldes vollautomatisch. Wartungsarbeiten sind nur gelegentlich erforderlich und nicht mit einer erheblichen Erhöhung des Verkehrsaufkommens verbunden.

Von Lichtreflexen auf den Modulen verursachte Blendwirkungen sind aufgrund der verwendeten matten Beschichtungen kaum zu erwarten. Auch sind keine Risiken für erhebliche Lärmemissionen erkennbar, weder durch den Betrieb der Transformatorstationen noch durch Windgeräusche an den Modulträgern.

Die äußere Erschließung kann über einen Stichweg zum Welmbütteler Weg mit Anschluss an die Tellingstedter Straße (Kreisstraße 42) erfolgen. Für die Bauverkehre und den gering erwarteten Wartungsaufwand ist der Ausbauzustand der vorhandenen Verkehrswege ausreichend. Zusätzliche Erschließungsmaßnahmen sind aller Voraussicht nach nicht erforderlich.

Der überplante Bereich besitzt keine erkennbare Bedeutung für die Erholung. Er ist als landwirtschaftliche Nutzfläche öffentlich nicht zugänglich.

Der agrarisch geprägte Umgebungsbereich südlich und westlich der Ortslage besitzt eine lokale Bedeutung für die Naherholung (Spaziergänger, Radfahrer) der ansässigen Bevölkerung. Dem südöstlich der überplanten Fläche verlaufenden Welmbütteler Weg kommt eine Verbindungsfunktion zwischen der Ortslage und der freien Landschaft zu. Erhebliche Beeinträchtigungen der Erholungseignung durch das Vorhaben können aber ausgeschlossen werden, auch da eine weitgehende Eingrünung bereits gegeben ist.

Insgesamt sind durch die baulichen Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch zu erwarten.

Die Ausgestaltung des Vorhabens als Bürger-Solarpark ist erklärtes Ziel der Gemeinde. Neben der allgemeinen Wohlfahrtswirkung für die Umwelt durch die Erzeugung regenerativer Energie,

profitiert die Region damit auch von der Wertschöpfung aus der Anlage. Die Akzeptanz des Projektes in der Bevölkerung wird damit weiter erhöht.

Schutzgut Tier- und Pflanzenwelt

Die überplante Ackerfläche war im Wirtschaftsjahr 2009 mit Mais bestellt. Eine besondere Bedeutung für den Naturschutz ist nicht gegeben.

Begrenzt wird die Fläche von Knicks mit überwiegend lückigem Gehölzbestand. Im Südwesten grenzt ein ausgebauter Grabenabschnitt an (Verbandsvorfluter des Sielverbandes Broklandsau). In die Bestände wird durch das Vorhaben nicht eingegriffen. Als Zuwegung kann eine vorhandene Koppelzufahrt genutzt werden.

Die aufgeständerten Modultische erlauben für das Solarfeld eine künftige Pflegenutzung als Grünland, was durch den Beratungserlass (s. Punkt 26.3.2.1) vorgegeben ist und durch den Bebauungsplan entsprechend festgesetzt wird. Vorgesehen ist, die abgezaunte Fläche extensiv mit Schafen zu beweiden, um höher aufwachsende Vegetation zu verhindern, die Wartung und Funktion der Photovoltaikmodule beeinträchtigen könnte. Auch für die verbleibenden randlichen Bereiche der Fläche wird eine extensive Grünlandpflege angestrebt (vgl. Punkt 26.3.2.4.).

Barrierewirkungen des etwa 2 m hohen Stahlmattenzaunes um das Solarfeld können durch einen Abstand vom Boden minimiert werden, der auch mittelgroßen Säugetieren wie Feldhase oder Fuchs Durchschlupfmöglichkeiten bietet.

Vorkommen streng geschützter Arten i. S: § 10 Abs. 2 Nr. 11 BNatSchG sowie seltene / gefährdete Vertreter der besonders geschützten Arten sind ebenso wie Artenschutzbelange (§ 42 BNatSchG) nach gegenwärtigem Kenntnisstand in dem überplanten Bereich nicht betroffen. Auch Risiken für Vögel und hygrophile Insekten aus dem Umgebungsbereich, die sich durch Lichtreflexionen von den Moduloberflächen oder der optischen Wirkung ähnlich der von Wasserflächen ergeben können, werden gering eingeschätzt. Moderne Solarmodule weisen matte Oberflächen auf, die Lichtreflexe / Spiegelungen und dadurch ausgelöste Irritationen weitgehend vermeiden.

Internationale Schutzgebiete, insbesondere gemeldete Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach Art. 4 Abs. 2 FFH-Richtlinie und europäische Vogelschutzgebiete sind nicht erkennbar betroffen. Das am nächsten gelegene Gebiet „Wald bei Weimbüttel“ (FFH-Gebiets-Nr. 1721-301) befindet sich in über 1,5 km Entfernung.

Ebenso sind Gebiete der nationalen Schutzkategorien der Nationalparke, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und geschützten Landschaftsbestandteile in der näheren Umgebung nicht vorhanden.

Durch die extensive Grünlandpflege im Solarfeld und auf den angrenzenden Flächen findet im Plangebiet eine deutliche Aufwertung als Lebensraum statt, die insbesondere auch der Tierwelt angrenzender Gehölzstrukturen (z. B. knickbewohnende Vögel) und Greifvögeln u.a. durch eine Verbesserung der Nahrungsgrundlage zugute kommt.

Schutzgüter Boden und Wasser

Durch das Vorhaben sind nur gering erhebliche Beeinträchtigungen der Schutzgüter Boden und Wasser zu erwarten.

Nach der Bodenkarte im Maßstab 1 : 25.000 (Blatt 1721 Tellingstedt) liegt die überplante Fläche im Übergangsbereich von einer Rosterde aus Fließerde über Sand im Norden zu einem teilweise podsolierten Gley (Grundwasserboden) aus Sand über Lehm im Süden.

Die genannten Böden sind im Naturraum allgemein verbreitet. Ihnen kommt daher, auch aufgrund der zumindest jahreszeitlich tieferen Grundwasserstände, keine besondere Bedeutung für den Naturschutz zu.

Altlasten und altlastenverdächtige Flächen sind für den überplanten Bereich nach dem bei der unteren Bodenschutzbehörde des Kreises geführten Kataster nicht bekannt.

Die Gründung der Modulträger erfolgt mittels Stahlstützen. Sie bewirken nur sehr geringe Versiegelungen und ermöglichen den jederzeit problemlosen Rückbau der Anlagen.

Das Wegenetz zur Wartung der Anlagen und die Zuwegung zum Solarfeld erfordert keine besondere Befestigung des Untergrundes.

Für die Verkabelung der Modulsysteme untereinander und mit den Trafostationen / Wechselrichtern sind Erdkabel vorgesehen. Auch der Anschluss des Solarfeldes an das 20 kV Mittelspannungsnetz des zuständigen Energieversorgungsunternehmens (E.ON Hanse) erfolgt durch ein Erdkabel.

Das Einpflegen der Kabel ist mit begrenzten Störungen von Bodenfunktionen verbunden. Im Vergleich zum regelmäßigen Bodenumbruch bei der Ackernutzung sind aber kaum zusätzliche Beeinträchtigungen zu erwarten. Ähnliches gilt auch für den gestörten Bodenaufbau im Randbereich der Verkehrswege.

Offene Gewässer sind durch die Planung nicht betroffen. Auswirkungen auf den südwestlich verlaufenden Grabenabschnitt (Vorfluter des Sielverbandes Broklandsau) sind nicht erkennbar. Das Niederschlagswasser kann auf der Fläche weiterhin versickern. Risiken von Beeinträchtigungen, die sich durch das streifenförmige Abtropfen von Regenwasser von den Modulträgern ergeben können, werden gering eingeschätzt.

Schutzgüter Klima und Luft

Die geplanten Anlagen bewirken durch die Veränderung der Oberflächenrauigkeit und die Beschattung von Grundflächen eine räumlich im Wesentlichen auf das Solarfeld begrenzte Änderung des Lokal- und Mikroklimas. Erhebliche Auswirkungen auch auf andere Schutzgüter sind damit aber nicht verbunden. Aufgrund der Reliefsituation ist keine Funktion als Kaltluftentstehungsgebiet gegeben und die Bedeutung für den örtlichen Luftmassenaustausch ist gering.

Transport- und baubedingte Emissionen durch Fahrzeuge und Maschinen sind zeitlich eng begrenzt und führen nicht zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung der Luftqualität. Betriebsbedingte stoffliche Emissionen (Gase, Partikel) durch die Anlagen gibt es nicht.

Die Gewinnung von Strom aus der Sonnenstrahlung vermeidet im Gegensatz zur Erzeugung mittels fossiler Energieträger Emissionen von Gasen (vor allem CO₂), die für den beobachteten Klimawandel („global change“) mit verantwortlich gemacht werden.

Schutzgut Landschaftsbild

Großflächige Photovoltaik-Freiflächenanlagen stellen als technische Bauwerke allgemein eine Belastung des Landschaftsbildes dar.

Die überplante Fläche liegt in einem von intensiver landwirtschaftlicher Nutzung geprägten Kulturlandschaftsausschnitt westlich der Ortslage. Er ist durch ein relativ dichtes Knicknetz, einzelne Feldgehölze und Gewässer gegliedert. Auch durch das leicht bewegte Relief, einzelne Grünlandflächen und Übergänge zu angrenzenden Niederungsbereichen wird er als landschaftstypisch und naturnah empfunden. Eine Vorbelastung stellt aber die verbreitete intensive Ackernutzung mit fast ausschließlich Maisanbau dar.

Die vorgesehenen, nach Süden ausgerichteten und geneigten Modultische sind deutlich niedriger als die angrenzend an die Fläche und im Umgebungsbereich vorhandenen Gehölzstrukturen der Knicks und Feldhecken. Weitreichende Blickbeziehungen zum Standort des Solarfeldes sind daher kaum vorhanden und die Veränderung / Beeinträchtigung des Landschaftsbildes beschränkt sich weitgehend auf die überplante Fläche.

Insgesamt ist durch den Erhalt der angrenzenden Grünstrukturen eine besondere Empfindlichkeit des Landschaftsbildes gegenüber dem Vorhaben nicht gegeben. Eventuell verbleibende Beeinträchtigungen können durch gezielte Gehölzpflanzungen vermieden werden.

Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Für die überplante Fläche sind keine Vorkommen von Kulturdenkmalen und sonstigen Sachgütern bekannt. Sie liegt aber in einem Bereich, der als archäologisches Interessengebiet anzusprechen ist (s.a. Punkt 26.2.7.). Daher ist das zuständige Archäologische Landesamt im Vorfeld konkreter Baumaßnahmen zu beteiligen.

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Es sind keine relevanten, über die bereits beschriebenen Auswirkungen hinausgehenden Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern erkennbar.

26.3.2.4 Maßnahmen zur Kompensation erheblicher Umweltauswirkungen

Bei der Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft werden die entsprechenden Hinweise im Beratungserlass des Landes „Grundsätze zur Planung von großflächigen Photovoltaikanlagen im Außenbereich“ berücksichtigt (s.a. Punkt 26.3.2.1).

Für die insgesamt nur gering erheblichen Eingriffe in die Schutzgüter Boden und Wasser kann eine ausreichende Kompensation durch die vorgesehene extensive Grünlandpflege der Fläche des Solarfeldes gewährleistet werden. Sie bedeutet gegenüber der bisherigen ackerbaulichen Nutzung eine deutliche Aufwertung für den Naturhaushalt.

Weitere Beeinträchtigungen, die sich vor allem aus der Veränderung des Landschaftsbildes ergeben, können gemäß o.g. Beratungserlass als ausgeglichen gelten, wenn außerhalb des Solarfeldes eine naturbetonte Ausgleichsfläche zur landschaftlichen Einbindung des Vorhabens im Flächenverhältnis 1 : 0,25 zum Eingriffsbereich bereitgestellt wird.

Hierfür stehen zunächst die nicht vom Solarfeld beanspruchten randlichen Flächen des Sondergebietes zur Verfügung, die als Grünland entwickelt und extensiv durch Beweidung oder

Mahd gepflegt werden sollen. Ggf. können ergänzend aber auch Maßnahmen auf angrenzenden Flächen durchgeführt werden, wenn die Fläche innerhalb des Sondergebietes für die Kompensation nicht ausreicht und / oder zusätzliche Eingrünungen erforderlich werden. Die genaue Festlegung der Kompensationsflächen und -maßnahmen erfolgt im landschaftsökologischen Fachbeitrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan, wenn die Größe des Solarfeldes exakt bestimmt ist.

26.3.3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planungen (Nullvariante)

Der Flächennutzungsplan stellt in erster Linie den Bestand an vorhandenen Nutzungen dar. Abweichungen von der auch ohne Umsetzung der Planung zu erwartenden Entwicklung des Umweltzustandes in der Gemeinde können sich insoweit nur aus den Darstellungen ergeben, die Eingriffe in den Naturhaushalt erstmals vorbereiten. Hierzu gehören nach der Prüfung unter Punkt 26.2 allein die für bauliche Entwicklungen vorgesehenen Flächen. Auf ihnen ist ohne Planumsetzung die Beibehaltung der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzungen zu erwarten. Die intensiv betriebene Landwirtschaft bietet nur eingeschränkten Lebensraum für Tiere und Pflanzen und ist allgemein mit einem Risiko der Belastung von Umweltmedien, z. B. durch diffuse Nährstoffeinträge, verbunden. Gegenüber den Planungen positiv zu bewerten, ist aber die Vermeidung zusätzlicher Versiegelungen und Eingriffe in das Landschaftsbild. Die weitere Entwicklung in der Landwirtschaft ist abhängig von den agrarpolitischen Rahmenbedingungen und nur schwer zu prognostizieren. Eine aus ökologischer Sicht sinnvolle Extensivierung der Nutzung erscheint nur bei einem finanziellen Ausgleich umsetzbar. Die hierzu derzeit vorhandene Förderkulisse beschränkt sich aber auf die Schwerpunktbereiche des Naturschutzes, zu denen die überplanten Bereiche nicht gehören.

26.3.4 Geplante Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplanes auf die Umwelt (Monitoring)

Nach § 4c BauGB ist die Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen Aufgabe der Gemeinde. Sie greift dabei zunächst auf den Sachverstand der im Zuge der Aufstellung des Bauleitplanes zu beteiligenden Fachbehörden zurück. Sofern diesen Erkenntnisse vorliegen, dass die Durchführung des Bauleitplanes erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt hat, sind die Behörden verpflichtet, die Gemeinde hierüber zu unterrichten (§ 4 Abs. 3 BauGB). Ggf. ist die Gemeinde dann in der Lage, Abhilfemaßnahmen zu ergreifen und/oder weitere Überwachungen zu veranlassen.

Der Flächennutzungsplan bereitet voraussichtlich erhebliche Eingriffe in Umwelt-Schutzgüter vor. Eine Umsetzung kann aber erst mit rechtsverbindlichen Festsetzungen in weiterführenden Planungen erfolgen. Insoweit ist die Festlegung von konkreten Maßnahmen zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen auf der Ebene des Flächennutzungsplanes in der Regel wenig sinnvoll. Im Hinblick auf die eingriffsrelevanten Darstellungen des Flächennutzungsplanes werden aber folgende Hinweise gegeben:

Bauflächen

Maßgeblich für die Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen sind die aus dem Flächennutzungsplan abgeleiteten Bebauungspläne. Diese berücksichtigen die im vorliegenden Umweltbericht aufgezeigten Risiken für die Umwelt-Schutzgüter vor allem im Hinblick auf Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen in besonderem Maße.

Die regelmäßig zu erwartenden Eingriffe in die Schutzgüter Boden, Wasser und Tier- und Pflanzenwelt unterliegen einer Genehmigungspflicht durch die zuständigen Fachbehörden des Kreises. Überwacht werden u.a. die Einhaltung der Festsetzungen des Bebauungsplanes, wie z. B. des zulässigen Versiegelungsgrades, der festgelegten Baugrenzen und Erschließungsmaßnahmen (Bauaufsichtsbehörde) oder grünordnerischer Auflagen (untere Naturschutzbehörde).

Risiken hinsichtlich weiterer, bisher nicht erkannter Umweltauswirkungen werden gering eingeschätzt. Über die fachgesetzlichen Verpflichtungen hinausgehende Maßnahmen zur Umweltüberwachung werden seitens der Gemeinde daher nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand nicht für erforderlich gehalten.

26.4 Allgemeinverständliche Zusammenfassung

Die Gemeinde Westerborstel plant die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes. Er legt die Grundzüge der künftigen Bodennutzung fest und schafft die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die weitere bauliche Entwicklung der Gemeinde.

Plangeltungsbereich ist das gesamte Gemeindegebiet mit einer Größe von 414 ha.

Bei den Darstellungen des Flächennutzungsplanes überwiegen die Flächen für die Landwirtschaft deutlich. Sie nehmen mit 382 ha rund 92 % der Gemeindefläche ein, umfassen neben den landwirtschaftlichen Nutzflächen aber auch die Siedlungen im Außenbereich, die Gemeindestraßen und Wirtschaftswege sowie die typischen Elemente der Feldflur wie z. B. Knicks, Feldgehölze und Gräben.

Die Darstellung entspricht dem Bestand, Eingriffe in Umwelt-Schutzgüter werden damit nicht vorbereitet.

Die Gemeinde Westerborstel weist mit 11,1 ha (entsprechend ca. 2,5 % der Gemeindefläche) nur einen geringen Anteil an nach § 25 Abs. 1 Landesnaturschutzgesetz geschützten Biotopen auf. Im Flächennutzungsplan werden sie nachrichtlich als Übernahme aus dem Landschaftsplan dargestellt. Zur genauen Abgrenzung wurde ein Abgleich mit aktuellen Luftbildern vorgenommen. Ergänzt wird die Darstellung durch im Kreiskataster enthaltene, bestehende Ausgleichsflächen.

Die Biotopflächen sind kleinflächig über das gesamte Gemeindegebiet verteilt. Es überwiegen Kleingewässer in den von Gletscherablagerungen geprägten Geestbereichen, die meist ackerbaulich genutzt werden. Die Niederungen weisen nur wenige Feuchtgrünland- und Brachflächen auf. Sie werden fast ausschließlich intensiv als Grünland genutzt.

Weitere Darstellungen betreffen u.a. Wald, die bebauten Flächen der Ortslage, Grünflächen (Sportplatz, Reitplatz) sowie die Fließgewässer und größeren Gräben (Verbandsgewässer). Sie nehmen aber nur relativ geringe Flächenanteile ein.

Die Gemeindeteile außerhalb der Niederungen sind größtenteils als Archäologische Interessengebiete gekennzeichnet. Hier können archäologische Funde erwartet werden, so dass bei Baumaßnahmen das Archäologische Landesamt zu beteiligen ist.

Der Flächennutzungsplan bereitet Eingriffe in den Naturhaushalt durch Darstellungen zusätzlicher Bauflächen für Siedlungserweiterungen vor. Hierfür wird in der Umweltprüfung für die Schutzgüter eine erste Risikoabschätzung vorgenommen.

Für die künftige bauliche Entwicklung ist eine gemischte Bauflächen mit 0,7 ha Größe südöstlich des Welmbütteler Weges am südlichen Ortsrand vorgesehen. Sie soll vorrangig den örtlichen Bedarf an Wohnbauflächen decken, in einem ersten Umsetzungsschritt aber den Standort für einen ortsansässigen Ingenieurbetrieb sichern.

Überörtliche Planungen auf Landes- und Kreisebene sowie Aussagen des Landschaftsplanes stehen den Vorhaben nicht entgegen. Alternative Flächen für Siedlungserweiterungen sind in der Gemeinde zwar vorhanden, diese sind aber nicht verfügbar bzw. weisen aus ökologischer Sicht keine Vorteile gegenüber dem überplanten Bereich auf. Wird das Vorhaben nicht umgesetzt, ist die Beibehaltung der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung zu erwarten.

Für die Schutzgüter Boden und Tier- und Pflanzenwelt ist die Umsetzung mit erheblichen Eingriffen durch Flächenversiegelungen und die Beseitigung von Knickabschnitten verbunden. Sie erfordern besondere Ausgleichsmaßnahmen, die im Rahmen einer Eingriffsbilanzierung festgelegt werden. Als Ausgleichsfläche steht eine ehemalige Grünlandparzelle in der Niederung an der westlichen Gemeindegrenze zur Verfügung.

Mögliche Beeinträchtigungen des Wasserhaushaltes und des Landschafts- und Ortsbildes können durch den Verzicht auf Versiegelungen von Nebenanlagen und Eingrünungsmaßnahmen an den Außengrenzen des Baugebietes minimiert werden. Für die übrigen Schutzgüter Mensch, Klima und Luft sowie Kultur- und Sachgüter wird von nur geringen Auswirkungen ausgegangen.

Als weitere Baufläche ist ein Sondergebiet westlich der Ortslage dargestellt. Auf der ca. 2,7 ha großen, bisher als Acker genutzten Fläche soll zur Stromerzeugung aus Sonnenenergie eine Photovoltaik-Freiflächenanlage als „Bürger-Solarpark“ errichtet werden.

Überörtliche Planungen auf Landes- und Kreisebene sowie Aussagen des Landschaftsplanes stehen dem Vorhaben nicht entgegen. Eine vergleichbar geeignete Fläche für das Solarfeld wird in einem landschaftsplanerischen Fachbeitrag zur Standortsuche im Umfeld der Ortslage zwar benannt, sie ist aber nicht verfügbar und bietet keine ökologischen und wirtschaftlichen Vorteile.

Wird das Vorhaben nicht umgesetzt, ist die Beibehaltung der bisherigen, intensiven landwirtschaftlichen Nutzung zu erwarten.

Die genaue Größe des Solarfeldes sowie Art und Umfang der verwendeten Solarmodule werden im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung festgelegt.

Für die ansässige Bevölkerung ist das Vorhaben nicht mit Beeinträchtigungen verbunden. Das am nächsten benachbarte Wohnhaus liegt mehr als 150 m entfernt. Für die Naherholung hat der Umgebungsbereich zwar eine Bedeutung, diese wird aber durch das Vorhaben nicht eingeschränkt. Die Fläche wird durch angrenzende Knicks und weitere Grünstrukturen auf benachbarten Flächen abgeschirmt, so dass auch der Eingriff in das Landschaftsbildes weitgehend minimiert wird.

Die Masten der Modulträger werden mit geramten Stahlpfosten ohne Fundamente im Boden verankert. Durch den Abstand der geneigten Modulträger zum Untergrund finden Flächenversiegelungen daher kaum statt, was auch den Eingriff in den Wasserhaushalt sehr gering hält. Für alle Anlagenteile ist nach Ende der Nutzungsdauer ein vollständiger Rückbau gewährleistet.

Die Ackerfläche besitzt als Lebensraum für Tiere und Pflanzen nur eine sehr geringe Bedeutung. In die angrenzenden Knicks und Gehölzreihen sowie Gräben wird nicht eingegriffen, so dass Lebensstätten etwaiger Vorkommen seltener und streng geschützter Arten im näheren Umgebungsbereich nicht gefährdet sind. Risiken für Vögel und Insekten, die sich durch Lichtreflexionen von den Moduloberflächen oder der optischen Wirkung ähnlich der von Wasserflächen ergeben können, werden gering eingeschätzt.

Auswirkungen auf internationale und nationale Schutzgebiete können ausgeschlossen werden. Insbesondere ist das mehr als 1.500 m südlich vorhandene FFH-Gebiet „Wald bei Welmbüttel“ nicht betroffen.

Für die übrigen Schutzgüter Luft und Klima sowie Kultur- und Sachgüter wird von nur geringen Auswirkungen ausgegangen.

Besondere Maßnahmen zur Überwachung der Umweltauswirkungen werden seitens der Gemeinde nicht für erforderlich gehalten.

Zum Ausgleich der erheblichen Eingriffe in den Naturhaushalt ist vorgesehen, die verbleibenden Flächen randlich des Solarfeldes in Grünland umzuwandeln und durch einmal jährliche Mahd oder Beweidung extensiv zu pflegen.

27. Windenergieeignungsgebiete

Innerhalb des Gemeindegebietes befinden sich keine durch den Regionalplan definierten Windenergieeignungsgebiete.

28. Flächenbilanz

Bruttoflächen	ha
Wohnbauflächen – W –	0,3
Gemischte Bauflächen – M –	6,7
Sonderbauflächen – S –	2,7
Straßenverkehrsflächen	3,0
Grünflächen	1,2
Flächen für die Landwirtschaft	383
Flächen für Wald	3,1
Biotopflächen	10,5
Maßnahmenflächen	0,5
Vorflut	3,3
Wasserflächen	0,2
	414,5

Westerborstel, den 07.04.2010


- Bürgermeister -

29. Literatur- und Quellenangabe

Innenministerium S-H
Abt. Landesplanung

Minister für Umwelt, Naturschutz,
und Landwirtschaft S-H

Statistisches Landesamt S-H/
Statistisches Amt für Hamburg/S-H

Regionalplan für den Planungsraum IV
Schleswig-Holstein Süd-West
Kreise Dithmarschen und Steinburg

Landschaftsrahmenplan für den
Planungsraum IV Dithmarschen
Kreise Dithmarschen und Steinburg

Gemeindeergebnisse der Volks- und
Berufszählung 1987 – Teil 1 und 2
sowie div. Einzelergebnisse

Agrarstruktur in S-H 1991 / 1999 /
2007

Bevölkerungsentwicklung in den
Gemeinden S-H 1987/1990/1994/
1995/1996/1997/1998/1999/2000/
2001/2002/2003/2004/2005/2006/2007
/2008

Gebäude- und Wohnungsbestand in
S-H 2008

Archäologisches Landesamt
Schleswig-Holstein

Verein für Dithmarscher Landeskunde e.V.

Planungsgruppe
Landschaft und Natur GmbH /
Planungsbüro Mordhorst GmbH

Dipl.- Ing. Ulrich Siller

Gerd Hammer / Werner King

Günter Gaentzsch

Hans Carl Fickert / Herbert Fieseler

Archäologische Interessengebiete

Geschichte Dithmarschens

Umweltbericht

Landschaftsplan

Aktuelles Praxishandbuch zum
Baugesetzbuch 1998

Baugesetzbuch BauGB Kommentar

Baunutzungsverordnung Kommentar

**Ergänzung gem. Erlass IV 645-512.111-51.101 (neu)
des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein vom 29-07-2010**

Ziffer 23 „Sondergebiete - SO -“ wird wie folgt ergänzt:

Vor dem Hintergrund der Novellierung der Solarstromvergütung und der Einstellung der Förderung für Freiflächenanlagen auf Ackerflächen sieht sich die Gemeinde zwar zeitnah nicht im Stande, eine entsprechende Bauleitplanung in die Wege zu leiten. Sie ist jedoch fest entschlossen, die Umsetzung der Darstellung zu einem späteren Zeitpunkt vorzunehmen da sie auch weiterhin in diese saubere und zukunftsweisende Technologie investieren möchte.

Die Gemeinde Westerborstel hat es sich als erklärtes Ziel gesetzt, ihren Teil zur Entlastung der Umwelt beizutragen und mit einem eigenen Bürgersolarpark die Stromkosten zu senken, bzw. sich von den konventionellen Stromanbietern unabhängig zu machen.

Diese vorausschauende Vorgehensweise ermöglicht es der Gemeinde Westerborstel, schnell auf Weiterentwicklungen im Bereich der regenerativen Energiegewinnung zu reagieren, die ohne Zweifel in unserer schnelllebigen Gesellschaft eintreten werden. Man ist daran interessiert, die Zukunft heute umweltverträglich zu beginnen und unter Umständen auch ohne Fördermittel, Zeichen in eine neue regenerative Zukunft und weg von den fossilen Brennstoffen zu setzen.

Statt der weiteren Förderung ist davon auszugehen, dass sich der Wirkungsgrad und die Effizienz der Anlagen zunehmend verbessern werden. Hierfür werden jedoch große Solarkraftwerke nötig sein, die sich nur auf entsprechenden Freiflächen verwirklichen lassen. Denn je größer die Photovoltaikanlage ist, desto mehr Spielraum gibt es in der Technik, den Betriebswirkungsgrad zu optimieren und die Erträge zu steigern.

Genügend Landwirtschaftsflächen stehen in der Gemeinde Westerborstel für Freiflächen-Photovoltaikanlagen zur Verfügung: Über 90 % der Gemeindefläche wird derzeit ausschließlich landwirtschaftlich genutzt.

Hier kann auf monotoner Agrarlandschaft durch intensiv genutzte Ackerflächen der Natur entzogener Lebensraum wieder der Natur zur Verfügung gestellt werden da die Vegetation unter Freiflächenanlagen aufgrund der Schattenwürfe als artenreich und daher sehr wertvoll anzusprechen ist.

Die Umsetzbarkeit der Planung wird nicht zuletzt durch ein großes Interesse innerhalb der Bevölkerung der Gemeinde Westerborstel und darüber hinaus auch im Amtsbereich Eider- der selbst keine geeigneten Flächen anbieten kann- untermauert. Hierdurch kann gleichsam eine gemeindeübergreifende Planung initiiert und der Flächenzersiedelung durch mehrere kleinere Vorhaben Einhalt geboten werden.

Westerborstel, den


- Bürgermeister -

**Landschaftplanerische Stellungnahme
zur Standortwahl für eine
Photovoltaik-Freiflächenanlage
in der Gemeinde Westerborstel**

Planungsbüro Mordhorst-Bretschneider GmbH
Kolberger Str. 25
24589 Nortorf

26. Februar 2010

Gliederung

1	Veranlassung	1
1.1	Planungsvoraussetzungen	1
1.2	Methodik	2
2	Weißflächenkartierung	2
2.1	Gebiete mit absoluter Ausschlusswirkung	2
2.1.1	Internationale Schutzgebiete einschließlich Pufferstreifen	2
2.1.2	Flächen und Elemente des Biotopverbundes einschließlich Pufferstreifen	3
2.1.3	Gesetzlich geschützte Biotope und festgesetzte Ausgleichsflächen	3
2.1.4	Wälder, Gehölzbestände	3
2.1.5	Sonstige naturnahe Flächen	4
2.1.6	Eignungsflächen für die künftige Siedlungsentwicklung	4
2.1.7	Grünlandflächen	4
2.2	Gebiete mit zu beachtenden öffentlichen Belangen	4
2.2.1	Knicklandschaft	4
2.2.2	Flächen für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen	5
2.2.3	Archäologische Interessengebiete	5
2.3	Weitere kleinräumige Ausschlussflächen	5
3	Standortauswahl	6
3.1	Bewertung	6
3.2	Ergebnis	9
4	Standortentscheidung	9

Karten

- Weißflächenkartierung, Maßstab 1 : 7.500

1 Veranlassung

Seitens der Gemeinde Westerborstel besteht ein Interesse zur Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage, die in der Form eines „Bürger-Solarparks“ eine Beteiligung der ansässigen Bevölkerung ermöglicht.

Auf mehreren Sitzungen hat sich die Gemeindevertretung mit dem Thema befasst. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, mit der Aufnahme eines Sondergebietes in den Flächennutzungsplan, der sich derzeit im Aufstellungsverfahren befindet, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die verbindliche Bauleitplanung zu schaffen. Vorgesehen ist ein vorhabenbezogener Bebauungsplan, der noch im Jahr 2010 aufgestellt werden soll.

In der Gemeinde besteht eine positive Grundhaltung gegenüber regenerativen Energiegewinnungsformen. Verschiedene Grundeigentümer nutzen die Möglichkeiten für Photovoltaikanlagen auf Dachflächen. Mit der Planung möchte die Gemeinde die dezentrale Erzeugung regenerativer Energie weiter fördern und - damit verbunden - auch die lokale Wertschöpfung stärken.

Für die Errichtung und den Betrieb der PV-Freiflächenanlage wird eine Gesellschaft gegründet, die bevorzugt eine Teilhabe der Bürger aus der Gemeinde ermöglicht („Bürger-Solarpark“).

Ziel der vorliegenden landschaftsplanerischen Stellungnahme ist es, für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen geeignete, mit anderen Nutzungsansprüchen abgestimmte und für die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes konfliktarme Bereiche im Gemeindegebiet zu ermitteln und zu bewerten. Außerdem werden die gemeindlichen Überlegungen und weitere Kriterien, die zum gewählten Standort führen, dargestellt.

1.1 Planungsvoraussetzungen

In dem gemeinsamen Beratungserlass von Innenministerium, dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr und der Staatskanzlei vom 5. Juli 2006 werden seitens des Landes Hinweise und Hilfestellungen für die gemeindliche Bauleitplanung von Photovoltaikanlagen auf Freiflächen im Außenbereich und zur naturschutzfachlichen und -rechtlichen Beurteilung gegeben. Außerdem erläutert er die energierechtlichen Rahmenbedingungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) in der Fassung vom 22. Dezember 2003, die insbesondere an die Standorte für solche Anlagen gestellt werden.

Der Beratungserlass empfiehlt für großflächige Photovoltaikanlagen vor allem Standorte im besiedelten Raum, wie große Dächer von Gewerbebauten, Siedlungsbrachen, versiegelte Flächen, Altlasten und Einrichtungen des Lärmschutzes. Derartige Flächen sind in der ländlich geprägten Gemeinde Westerborstel nicht vorhanden bzw. die Möglichkeiten zur Nutzung großer Dachflächen, vor allem von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden, bleiben privaten Investitionen vorbehalten oder sind bereits ausgeschöpft.

Auch außerhalb der Siedlungsflächen sind geeignete bereits versiegelte oder durch ehemalige bauliche Nutzung vorbelastete Flächen sowie Altlastenstandorte nicht im erforderlichen Flächenumfang vorhanden. Nach den Vorgaben des § 11 Abs. 3 und 4 EEG hinsichtlich der Verpflichtung des Netzbetreibers zur Zahlung einer Einspeisevergütung für großflächige Photovoltaikanlagen im Außenbereich, verbleiben damit als mögliche Standorte nur Flächen, die in den letzten drei Jahren vor Aufstellung eines Bebauungsplanes einer ackerbaulichen Nutzung unterlagen.

1.2 Methodik

Die vorliegende landschaftsplanerische Stellungnahme orientiert sich in ihrem Aufbau an dem Konzept, das der Fachdienst Bau und Regionalentwicklung des Kreises Dithmarschen zur Standortfindung für PV-Freiflächenanlagen erarbeitet und im Dezember 2009 veröffentlicht hat.

Das Konzept soll einer ungeordneten Entwicklung („Zersiedelung“) im Kreisgebiet entgegenwirken und Hinweise / Hilfestellungen zur raumordnerischen Bewertung und gemeindlichen Bauleitplanung geben. Es besteht aus acht Planungsleitsätzen, einem daraus abgeleiteten Handlungsleitfaden mit Prüfraster und einer Suchraumkarte.

Zur Standorteingrenzung dient zunächst eine „Weißflächenkartierung“ des Gemeindegebietes. Sie schließt Flächen mit höherrangigen öffentlichen Belangen (z. B. Schutzgebiete) und Nutzungsinteressen sowie nach gutachtlichen Kriterien bestimmte Flächen von der weiteren Planung aus. Grundlage hierfür ist die Suchraumkarte des Kreises, die auf Kreisebene eine entsprechende Darstellung liefert. Eine Flächenpräzisierung und weitere Eingrenzung erfolgt dann anhand der Bewertungen des im Jahr 2000 festgestellten Landschaftsplanes (Dipl.-Ing. ULRICH SILLER, Kiel) und eigener Kartierungen vor allem zur Landnutzung.

Die standorteingrenzenden Flächenkategorien werden kartographisch dargestellt. Auf den verbleibenden „weißen“ Flächen ist die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen nicht von vornherein ausgeschlossen. In Anlehnung an das Prüfraster des o.g. Handlungsleitfadens werden sie daher im Sinne einer Priorisierung vergleichend bewertet.

Abschließend werden die Kriterien, die zum gewählten Standort führen, nochmals zusammenfassend dargestellt.

2 Weißflächenkartierung

Untersuchungsgebiet für die Weißflächenkartierung ist der gesamte Gemeindebereich, der eine Fläche von 414 ha umfasst.

Die kartographische Darstellung im Maßstab 1 : 7.500 erfolgt abschichtig, d.h. in Bereichen, die aufgrund absoluter Ausschlusskriterien oder gutachtlicher Bewertung von der Standortfindung ausgenommen sind, werden nachgeordnete Flächenkategorien und lokale zusätzliche Kriterien nicht dargestellt.

2.1 Gebiete mit absoluter Ausschlusswirkung

In diesen Gebieten kann aufgrund entgegenstehender öffentlich-rechtlicher Vorschriften eine Nutzung durch PV-Freiflächenanlagen nicht erfolgen bzw. das EEG lässt eine Nutzung nicht zu. .

2.1.1 Internationale Schutzgebiete einschließlich Pufferstreifen

Südlich des Gemeindegebietes ist der „Wald bei Welmbüttel“ als Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung nach Artikel 4 Abs. 2 der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) gemeldet (FFH-Nr. 1721-301). Das Gebiet ist Bestandteil des Netzes Europäischer Schutzgebiete NATURA 2000 und erfüllt die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 16 LNatSchG als Naturschutzgebiet.

Von der Planung zusätzlich ausgeschlossen ist ein 300 m breiter, umgebender Pufferstreifen, der auch Teile des südlichen Gemeindegebietes von Westerborstel umfasst.

Die Schutz- und Erhaltungsziele des 105 ha großen FFH-Gebietes leiten sich aus mehreren vorkommenden Waldgesellschaften naturnaher Ausprägung ab. Wirkfaktoren, die zu erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgebietes durch außerhalb des Pufferstreifens errichtete PV-Freiflächenanlagen führen können, sind nicht erkennbar.

2.1.2 Flächen und Elemente des Biotopverbundes einschließlich Pufferstreifen

Als Schwerpunktbereiche und Hauptverbundachsen des regionalen Biotopverbundsystems sind die folgenden Bereiche gekennzeichnet:

- Gebiete des Welmbütteler Moores (seit 1988 auch Landschaftsschutzgebiet) und des Welmbütteler Waldes (FFH-Gebiet, s.o.) mit verbindenden Geestbereichen im Südwesten und angrenzenden Flächen im Westen des Gemeindegebietes (Schwerpunktbereich Nr. 185).
- Verlauf der Österau in Verbindung zum Tielenau-Tal mit angrenzenden Moor- und Niederungsflächen sowie Geesthangbereichen im nördlichen Gemeindegebiet (Hauptverbundachse).

Die zugehörigen Pufferflächen von 300 m Breite schließen größere Teile des Gemeindegebietes von der Standortsuche für die PV-Freianlage aus und gewährleisten, dass die Umsetzungsmöglichkeiten des großräumigen Biotopverbundes von dem Planvorhaben nicht eingeschränkt werden.

Darüber hinaus ist im Gemeindegebiet vor allem das Netz der Vorfluter und Entwässerungsgräben für den lokalen Biotopverbund von potenzieller Bedeutung. Die Gewässer sind aber überwiegend gemäß den wasserwirtschaftlichen Ansprüchen ausgebaut und in ihren ökologischen Funktionen eingeschränkt. Es stellt keine wesentliche Einschränkung für die Standortsuche dar. In der Detailplanung sind aber 10 m Abstand zu Verbandsgewässeranlagen einzuhalten, um die Unterhaltung der Gewässer zu gewährleisten und ggf. Aufwertungsmaßnahmen (z. B. Böschungsabflachungen) zu ermöglichen. Die meist kleinflächigen, in der Agrarlandschaft verstreut vorkommenden gesetzlich geschützten Biotope und sonstigen naturnäheren Flächen haben eine Trittsteinfunktion.

2.1.3 Gesetzlich geschützte Biotope und festgesetzte Ausgleichsflächen

Gesetzlich gemäß § 25 Abs. 1 LNatSchG geschützte Biotope sind im Gemeindegebiet verstreut und kleinflächig vorhanden. Es handelt sich überwiegend um Kleingewässer und Brachen auf quelligen Standorten im Bereich der Hohen Geest sowie einzelne Reste von Feuchtgrünland und Niedermoor im westlichen Niederungsbereich.

Aufgenommen in diese Flächenkategorie sind auch die gesicherten, im Kreiskataster enthaltenen Ausgleichsflächen.

Die genannten Flächen mit einer Gesamtgröße von 11 ha grenzen nur vereinzelt an Ackerflächen an. Pufferzonen sind ggf. auf Vorhabensebene zu berücksichtigen.

2.1.4 Wälder, Gehölzbestände

Waldflächen i.S. § 2 Abs. 1 Landeswaldgesetz (LWaldG) sind im Gemeindegebiet nur kleinflächig auf insgesamt 3,1 ha vorhanden. Im Bereich der Hohen Geest gibt es darüber hinaus noch einzelne kleinere Gehölzbestände (Feldgehölze).

Geschlossene Gehölzbestände erfordern meist schon aus technischen Gründen (Beschattungswirkungen) Abstände zu PV-Freiflächenanlagen. Darüber hinaus sind je nach ökologischer Wertigkeit auf Vorhabensebene ggf. zusätzliche Abstände / Pufferflächen zu berücksichtigen.

2.1.5 Sonstige naturnahe Flächen

In dieser Flächenkategorie sind alle nicht oder nur sehr extensiv genutzten Flächen in naturnäherer Ausprägung zusammengefasst. Im Gemeindegebiet liegen sie weit überwiegend in bereits nach anderen Kriterien für die Standortsuche ausgeschlossenen Bereichen. Analog zu den geschützten Biotopen sind ggf. erforderliche Pufferzonen auf der Vorhabensebene zu berücksichtigen.

2.1.6 Eignungsflächen für die künftige Siedlungsentwicklung

Künftige Siedlungserweiterungen beschränken sich auf den örtlichen Bedarf, der gering einzuschätzen ist. Der kurzfristige Wohnbedarf wird mit maximal fünf Grundstücken südöstlich des Welmbütteler im Süden der Ortslage abgedeckt. Weitere, derzeit noch nicht absehbare wohnbauliche Entwicklungen sollen im Bereich der Ortslage entlang der Tellingstedter Straße (Kreisstraße 42) erfolgen.

2.1.7 Grünlandflächen

Als Grünland genutzte Flächen kommen nach den Vorgaben des EEG (s.o.) für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen nicht in Frage. Ihnen kann aber eine besondere Eignung als Ausgleichsfläche zukommen, insbesondere da sie auf diese Weise eine dauerhafte Sicherung erfahren.

In der Gemeinde Westerborstel nehmen Grünlandflächen den gesamten Niederungsbereich, aber auch größere Anteile der Hohen Geest im Südosten des Gemeindegebietes ein. Sie führen zu einer beträchtlichen Einengung möglicher Standorte für eine PV-Freiflächenanlage.

2.2 Gebiete mit zu beachtenden öffentlichen Belangen

In diesen Gebieten stehen in der Regel höher zu bewertende „öffentliche Belange“ der Nutzung durch PV-Freiflächenanlagen entgegen. Für die Gemeinden besteht aber die Möglichkeit zur räumlichen Feinsteuerung, wenn der betroffene Belang nur unwesentlich beeinträchtigt wird.

2.2.1 Knicklandschaft

Diese Flächenkategorie umfasst mit Ausnahme des nordwestlichen Niederungsbereiches das gesamte Gemeindegebiet. Sie basiert auf einer entsprechenden Darstellung des Landschaftsrahmenplanes für die Geest im Raum Tellingstedt.

In dem Raum ist das Knicknetz als Bestandteil der historischen Kulturlandschaft noch weitgehend erhalten und erlebbar. Eng verknüpft ist sie daher mit der besonderen Eignung des Gebietes für die landschaftsbezogene Erholung.

Konflikte mit der Nutzung durch PV-Freiflächenanlagen sind vor allem in einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und des damit in Zusammenhang stehenden Landschaftserlebens zu sehen. Hinsichtlich der ökologischen Funktionen von Knicks sind dagegen kaum Beeinträchtigungen zu erwarten. Die extensive Grünlandpflege der Aufstellflächen für die Solarmodule bedeutet im Gegenteil gegenüber der intensiven Ackernutzung eine Aufwertung des Lebensraumes knickbewohnender Arten.

Eine generelle planerische Ausschlusswirkung lässt sich daher aus dem Kriterium Knicklandschaft nicht ableiten. In Frage kommen aber nur Standorte, die Eingriffe in das

Landschaftsbild gering halten. Besonderes Augenmerk ist auf die landschaftliche Einbindung zu legen, die weitreichende Blickbeziehungen vermeidet, entweder durch Einbeziehung bestehender Grünstrukturen und / oder durch zusätzliche Maßnahmen. Dabei sind z. B. durch Siedlungselemente vorbelastete Flächen zu bevorzugen. In jedem Fall unvereinbar mit dem Schutz der historischen Kulturlandschaft sind Knickbeseitigungen zur Arrondierung von Standortbereichen.

2.2.2 Flächen für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen

Im Regionalplan für den Planungsraum IV (Fortschreibung 2005) sind die Geestbereiche im Osten des Gemeindegebietes, beidseitig der Kreisstraße 42 mit der Ortslage als „Gebiet mit besonderer Bedeutung für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ gekennzeichnet.

Ein Konflikt mit der Nutzung durch eine PV-Freiflächenanlage kann sich daraus ergeben, dass die Ausbeutung höffiger Vorkommen oberflächennaher Rohstoffe (hier: Sand und Kies) in einem längeren Zeitraum verhindert wird. Grundsätzlich ist die Nutzung als Solarfeld aber reversibel und schließt einen späteren Abbau nicht aus.

Die oberflächennahen Rohstoffvorkommen in der Gemeinde sind weitgehend erschöpft oder nicht wirtschaftlich lohnend, so dass Flächen für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen im Entwurf des Flächennutzungsplanes nicht dargestellt werden. Insoweit ergeben sich auch keine Flächeneinschränkungen im Hinblick auf die Weißflächenkartierung. Bereits ausgebeutete und anschließend rekultivierte landwirtschaftliche Nutzflächen, wie sie nördlich / nordwestlich der Ortslage vorhanden sind, stellen aber vorbelastete Standorte dar, die sich ggf. für PV-Freiflächenanlagen besonders eignen.

2.2.3 Archäologische Interessengebiete

Das Archäologische Landesamt hat anlässlich der Aufstellung des Flächennutzungsplanes für das Gemeindegebiet eine Abgrenzung archäologischer Interessengebiete vorgenommen, die insgesamt 275 ha Flächen im Bereich der höher gelegenen Geest und damit nahezu alle Ackerstandorte umfassen. Die genaue Abgrenzung lässt sich dem Entwurf des Flächennutzungsplanes entnehmen.

Flächeneinschränkungen für die Weißflächenkartierung ergeben sich nicht. Bei Eingriffen in den Boden, die bei PV-Anlagen im Freiland im Allgemeinen gering ausfallen, ist das Archäologische Landesamt aber zu beteiligen.

2.3 Weitere kleinräumige Ausschlussflächen

Zu dieser Kategorie gehören u.a. mit sonstigen Nutzungsrechten belastete Flächen (z. B. Flächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten).

Gering umfängliche, insbesondere linear ausgeprägte Flächen entlang von Gewässerverläufen und Verkehrswegen (Grabenauflösungen, Unterhaltungsschutzstreifen etc.) führen zwar zu Nutzungseinschränkungen, die in der Regel aber die Eignung angrenzender Flächen nicht in Frage stellen. Ihre Berücksichtigung erfolgt daher sinnvollerweise erst bei der Detailplanung auf der Ebene der Bauleitplanung.

3 Standortauswahl

Der Handlungsleitfaden des Kreises (s. Punkt 1.2) sieht zur weiteren Standortfindung innerhalb der Weißflächen ein mehrstufiges Prüfschema vor, dass die Vermeidung der Zersiedelung und die möglichst geringe Beeinträchtigung von Natur und Landschaft zum Ziel hat.

Wie unter Punkt 1.1 bereits dargestellt, sind geeignete Flächen für PV-Freiflächenanlagen innerhalb der Siedlungsbereiche oder auch vorbelastete Standorte im Außenbereich, die keine Ackerstandorte sind, für das Vorhaben nicht vorhanden. Es verbleiben damit für die Standortauswahl

- a) Ackerflächen in Anbindung an die Ortslage
- b) sonstige Ackerflächen im Außenbereich.

Die aufgeführten Standortbereiche sind abstufend zu bewerten, d.h. Flächen im Siedlungszusammenhang oder in vorbelasteten Bereichen haben Vorrang vor abgesetzten Standorten im Außenbereich.

Unter dieser Prämisse kommt den Ackerstandorten in der Nachbarschaft zur in der Gemeinde allein vorhandenen Ortslage Westerborstel besondere Priorität zu. Dabei wird für Flächen bis zu einer Entfernung von 300 m zum Ortsrand noch ein begründbarer baulicher Zusammenhang angenommen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass unmittelbar an Siedlungsflächen, insbesondere Wohngrundstücke angrenzende Solarparks auf Widerstand in der Bevölkerung stoßen, zumal wenn direkte Sichtbeziehungen bestehen.

Die mit der Weißflächenkartierung aufgezeigten Ackerstandorte im abgesetzten, siedlungsfernen Bereich im Südosten des Gemeindegebietes kommen dagegen für die projektierte PV-Freiflächenanlage nicht in Frage. Ein zusätzliches gewichtiges Kriterium für den Ausschluss ist auch in der Bedeutung als historische Kulturlandschaft und für die landschaftsbezogene Erholung zu sehen.

3.1 Bewertung

Im Folgenden werden die in der Weißflächenkartierung ermittelten potenziellen Standortbereiche im Einzugsbereich der Ortslage hinsichtlich ihrer Eignung bewertet.

Standortbereich 1 (Ackerflächen zwischen dem gewählten Standort und der Bebauung am Welmbütteler Weg, Gesamtgröße ca. 2,5 ha)

Vorteile:

- Enge Anbindung an den Siedlungsbereich
- Gute Erschließungsmöglichkeiten

Risiken:

- Die landschaftliche Einbindung der südlichen Teilfläche ist nur mit höherem Aufwand zu gewährleisten. Beeinträchtigungen der Wohnqualität auf der vorgesehenen Siedlungserweiterungsfläche südöstlich des Welmbütteler Weges sind nicht auszuschließen.
- Der für die Aufstellung der Photovoltaikmodule wirtschaftlich nutzbare Raum wird durch Beschattung von südlich an die Teilflächen angrenzende Knicks mit dichtem Bestand an Überhältern eingeschränkt.
- Der Redder am Welmbütteler Weg und an der sich westlich fortsetzenden Koppelzuwegung hat eine besondere Bedeutung für die Schutzgüter Tier- und Pflanzenwelt und Landschaftsbild.

Fazit:

Der Standort ist nachrangig geeignet. Im Zusammenhang mit dem gewählten Standort kommt er auf Teilflächen für Erweiterungen des Solarparks in Frage und weist im Übrigen eine gute Eignung als Ausgleichsfläche auf.

Standortbereich 2 (gewählter Standort, Ackerfläche südwestlich der Ortslage, Gesamtgröße ca. 2,7 ha)

Vorteile:

- Die landschaftliche Einbindung ist weitgehend gegeben. Auf kurzen Abschnitten bestehende Sichtbeziehungen vom Welmbütteler Weg können durch zusätzliche Eingrünungsmaßnahmen unterbrochen werden.
- Gesicherte Erschließung

Risiken:

- Keine unmittelbare Anbindung an den Siedlungsbereich. Die Entfernung zum Siedlungsrand der Ortslage Westerborstel beträgt ca. 150 m.

Fazit:

Der Standort ist vorrangig geeignet.

Standortbereich 3 (Ackerflächen westlich des gewählten Standortes, Gesamtgröße ca. 6,5 ha)

Vorteile:

- Die Flächengröße lässt großzügig bemessene Pufferstreifen zu Knicks und angrenzenden naturnahen Flächen zu.
- Gute Erschließungsmöglichkeiten

Risiken:

- Keine Anbindung an den Siedlungsbereich. Die Entfernung zum Siedlungsrand der Ortslage Westerborstel beträgt ca. 250 m.
- Die landschaftliche Einbindung ist gegenüber der nördlich angrenzenden Kreisstraße 42 nur mit hohem Aufwand zu gewährleisten.
- Teilweise ungünstige Reliefverhältnisse (nach Norden abfallende Teilbereiche)

Fazit:

Der Standort ist nachrangig geeignet. Im Zusammenhang mit dem gewählten Standort kommt er auf Teilflächen für Erweiterungen des Solarparks in Frage.

Standortbereich 4 (Ackerfläche nordwestlich der Ortslage, nördlich der Kreisstraße 42, Gesamtgröße ca. 3,2 ha)

Vorteile:

- Die landschaftliche Einbindung kann gewährleistet werden
- Erschließungsmöglichkeiten sind gegeben

Risiken:

- Der für die Aufstellung der Photovoltaikmodule wirtschaftlich nutzbare Raum wird durch Beschattung von der südlich angrenzenden Waldfläche (Nadelgehölze) eingeschränkt.
- Erweiterungspotenziale fehlen

Fazit:

Der Standort ist nachrangig geeignet.

Standortbereich 5 (Ackerfläche nordwestlich angrenzend der Ortslage, Gesamtgröße ca. 0,7 ha)

Vorteile:

- Vorbelasteter Standort (rekultivierte Sand- und Kiesabbaufläche)
- Enge Anbindung an den Siedlungsbereich

Risiken:

- Die Flächengröße ist nur unter Inanspruchnahme nördlich angrenzender Pufferflächen für den Biotopverbund ausreichend.
- Die landschaftliche Einbindung gegenüber einer südlich angrenzenden Siedlungserweiterungsfläche ist nur mit erhöhtem Aufwand zu gewährleisten.
- Erweiterungspotenziale fehlen

Fazit:

Der Standort ist vor allem aufgrund seiner geringen Flächengröße nicht geeignet.

Standortbereich 6 (Ackerflächen nördlich des Sportplatzes der Ortslage Westerborstel, Gesamtgröße ca. 3,9 ha)

Vorteile:

- Vorbelasteter Standort (rekultivierte Sand- und Kiesabbaufläche)
- Die landschaftliche Einbindung ist weitgehend gegeben
- Die Erschließung ist gesichert
- Erweiterungspotenziale sind vorhanden (Standortbereich 7)

Risiken:

- Keine unmittelbare Anbindung an die Ortslage. Die Entfernung zum bebauten Siedlungsrand beträgt ca. 150 m.
- Der für die Aufstellung der Photovoltaikmodule wirtschaftlich nutzbare Raum wird durch Beschattung von angrenzenden gehölzbestandenen Böschungen und einen Knick zwischen den Teilflächen eingeschränkt.

Fazit:

Der Standort ist vorrangig geeignet.

Standortbereich 7 (Ackerflächen nördlich angrenzend der Ortslage Westerborstel, westlich der Ortslage Tellingstedt, Gesamtgröße ca. 6,5 ha)

Vorteile:

- Enge Anbindung an den Siedlungsbereich
- Erweiterungspotenziale sind vorhanden (Standortbereich 6)

Risiken:

- Die landschaftliche Einbindung gegenüber angrenzenden Siedlungsflächen ist nur mit höherem Aufwand zu gewährleisten bzw. auf der nordöstlichen Teilfläche aufgrund der Reliefverhältnisse kaum möglich. Beeinträchtigungen der Wohnqualität auf der vorgesehenen Siedlungserweiterungsfläche an der Kreisstraße 42 sind nicht auszuschließen.
- Für die Erschließung ist ggf. eine neue Zuwegung erforderlich.

Fazit:

Der Standort ist in Teilbereichen nachrangig geeignet.

3.2 Ergebnis

Die Bewertung der möglichen Standortbereiche 1 – 7 erbrachte zusammengefasst die folgenden Ergebnisse:

- Als geeignet für die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage werden die Standortbereiche 2 und 7 bewertet. Wesentlich für die Einschätzung ist, dass erhebliche Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes vermieden werden können.
- Für Flächen in unmittelbarer Anbindung an die Ortslage (Standortbereiche 1, 5 und 7) werden Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung erwartet, da Sichtbeziehungen kaum vermeidbar sind.
- Der Standortbereich 3 liegt am weitesten von der Ortslage entfernt. Dies wird als nachteilig gegenüber den Bereichen 2 und 6 bewertet.
- Die Standortbereiche 4 und 5 weisen kein Konzentrationspotenzial für künftige Erweiterungen auf.

4 Standortentscheidung

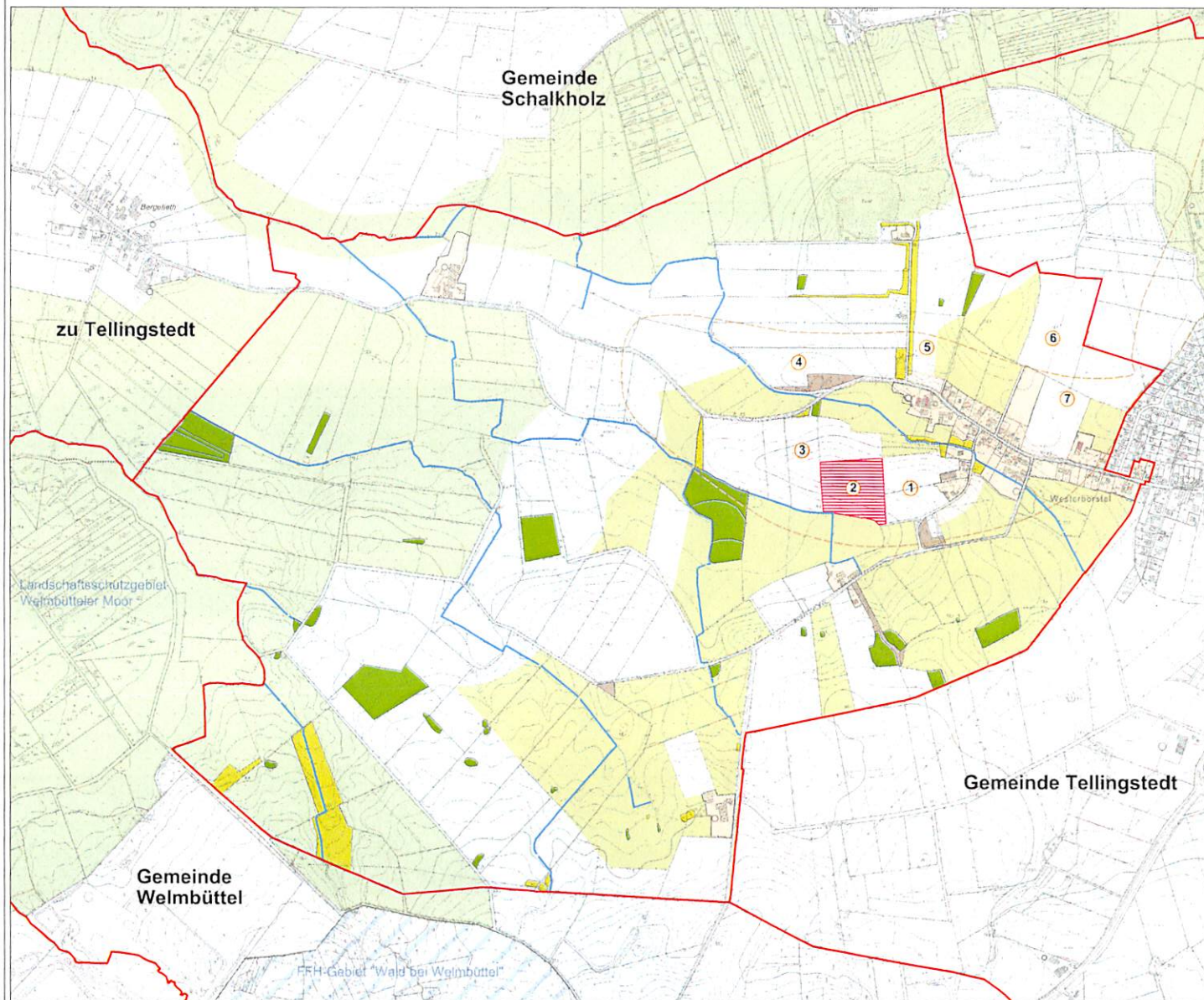
Der gewählte Standort für den vorgesehenen Bürger-Solarpark befindet sich südwestlich der Ortslage zwischen der Kreisstraße 42 im Norden und dem Welmbütteler Weg im Süden.

Wesentliche Gründe für die Standortentscheidung sind:

- Die Empfindlichkeit für die Schutzgüter Landschaftsbild und Landschaftserleben ist gering einzuschätzen. Sichtbeziehungen zum Solarpark bestehen nur in einem sehr geringen Umfang. Die landschaftliche Einbindung ist durch vorhandene Grünstrukturen weitgehend gewährleistet und kann durch zusätzliche Maßnahmen optimiert werden.
- Erhebliche Konflikte mit dem Schutzgut Tiere und Pflanzen sind nicht erkennbar. Angrenzende Knickstrukturen bleiben erhalten und erfahren teilweise durch Ausgleichsmaßnahmen auf benachbarten Flächen eine Aufwertung.

Als weitere standortentscheidende Kriterien sind außerdem zu nennen:

- Erschließungsmaßnahmen sind nur in geringem Umfang erforderlich. Genutzt werden kann eine vorhandene Feldzufahrt als Stichweg zum ausgebauten Welmbütteler Weg.
- Für Ausgleichsmaßnahmen stehen angrenzende Flächen mit hohem Aufwertungspotenzial zur Verfügung.
- Die vorgesehene Fläche ist verfügbar.
- In angrenzenden Flächenbereichen (geprüfte Standortalternativen 1 und 3) bestehen Erweiterungsmöglichkeiten.



LEGENDE

- Gemeindegrenze
- Siedlungsfläche
- Verbandsgewässeranlage

Ausschlussgebiete

(s. Erläuterungstext Punkt 2.1)

- Europäisches Schutzgebiet NATURA 2000 (außerhalb Gemeindegebiet)
- Schuttbereich, Hauptverbundachse des regionalen Biotopverbundsystems
- 300 m Pufferstreifen zu NATURA 2000 - Gebieten und Flächen des regionalen Biotopverbundsystems
- gesetzlich geschützter Biotop, festgesetzte Ausgleichsfläche
- Wald, Gehölzbestand
- sonstige naturnahe Fläche
- Eignungsfläche für die künftige Siedlungsentwicklung
- Grünlandfläche

Gebiete mit zu beachtenden öffentlichen Belangen

(s. Erläuterungstext Punkt 2.2)

- textliche Darstellung historische Kulturlandschaft / Kricklandschaft (s. Erläuterungstext Punkt 2.2.1)
- textliche Darstellung Fläche für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen
- textliche Darstellung archäologisches Interessengebiet (s. Erläuterungstext Punkt 2.2.3)

Standortauswahl

(s. Erläuterungstext Punkte 3 und 4)

- 3 im Rahmen der Standortfindung geprüfte Bereiche (Nr. siehe Erläuterungstext)
- gewählter Standort Bürger-Solarpark

LANDSCHAFTSPLANERISCHE STELLUNGNAHME

ZUR STANDORTWAHL FÜR EINE PV-FREIFLÄCHENANLAGE

IN DER GEMEINDE WESTERBÖRSTEL

Darstellung

Weißflächen

Auftraggeber:

PLANUNGSBÜRO
MORDHORST GmbH

Kölberger Str. 25
24589 Mordhorst
Tel.: 04382 60221
Fax: 04382 60229

best. bed.: Maaß

gezeichnet: Maaß

Auftraggeber:

GEMEINDE WESTERBÖRSTEL
DER BÜRGERMEISTER



Maßstab 1 : 7.500

0 75 150 225 m

Stand: 26. Februar 2010

Auszug aus dem Info-Blatt des Amtes KLG Eider vom 11.10.2010

Gemeinde Westerborstel

Bekanntmachung des Amtes KLG Eider
für die Gemeinde Westerborstel

Genehmigung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Westerborstel

Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat den von der Gemeindevertretung in der Sitzung am 06.04.2010 beschlossenen Flächennutzungsplanes der Gemeinde Westerborstel mit Bescheid vom 29.07.2010, Az.: IV 645 - 512.111 - 51.101 (neu) nach § 6 Abs. 1 BauGB genehmigt.

Die Erteilung der Genehmigung wird hiermit bekannt gemacht. Alle Interessierte können den Flächennutzungsplan, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung in der Dienststelle Tellingstedt des Amtes KLG Eider in Tellingstedt, Teichstraße 1,

Nr. 20/2010

- 5

Zimmer 8, während der Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten.

Beachtliche Verletzungen der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie der in § 214 Abs. 2 BauGB bezeichneten Vorschriften werden unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber dem Amt/der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Dasselbe gilt für die nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlichen Mängel des Abwägungsvorgangs. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Tellingstedt, den 21.09.2010

Amt KLG Eider
Der Amtsvorsteher
Im Auftrage
Gez. Hans Maaßen

Veröffentlicht im Info-Blatt des Amtes KLG Eider am 11.10.2010

Für die Richtigkeit:

Amt Kirchspielslandgemeinden Eider
Der Amtsvorsteher
Im Auftrag

